

institutionalisiert

Araba Johnston-Arthur über strukturellen Rassismus und Bildung. **9**

identitär

Ein Buch beleuchtet die Jugendbewegung der Neuen Rechten. **16**

informiert

Foodcoops wissen genau, woher ihr Gemüse kommt. **24**

inspiriert

Sweet Sweet Moon reüssiert sportlich und musikalisch. **34**

Das Ende der Euphorie?

Europas Jugend zwischen Krise und Aufbruch.



P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO,73



progress

zu Hause lesen



GRATIS

EINFACH BESTELLEN

progress-online.at

Cover

Die Krise hat Europas Jugend besonders hart getroffen. Dieser Satz bedarf keiner weiteren Erklärung, wir alle kennen die Zahlen und Bilder aus Griechenland und das beklemmende Gefühl der Perspektivlosigkeit, das sie begleitet. Jene Jugendlichen, die sich europapolitisch engagieren, sind oft frustriert, dass sie wenig verändern können. So ist es nicht verwunderlich, dass das Vertrauen in die Europäische Union sinkt und eine niedrige Beteiligung an der kommenden EU-Wahl vorausgesagt wird. Dennoch ist Aufbruchsstimmung unter jungen Europäer_innen zu spüren.

Bildung

08 RASSISMUS IST GUT INTEGRIERT. Araba Johnston-Arthur spricht im Interview über institutionellen Rassismus in der österreichischen Hochschullandschaft.

10 DIE ERSTEN GESICHTER DES LEBENS. Warum es eine Hebamme von Niederösterreich ins indische Tamil Nadu verschlagen hat? Ein Blick auf Ausbildung und Praxis von Geburtshelferinnen.

12 EXKLUSIVE GESUNDHEITSSTUDIEN. Trotz dichten Studienplänen und unbezahlten Praktika sind die gesundheitswissenschaftlichen Studiengänge an FHs gefragt. Wir haben uns den Alltag der Studierenden angesehen.

13 ZWISCHEN ÖFFNUNG UND AUSHÖHLUNG. Bildungsangebote im Internet boomen. Ein Blick auf Chancen und Herausforderungen.

14 WAS DENKST DU ÜBER DIE EU? Fünf Studierende erzählen, wie sie zur Europäischen Union stehen.

Politik

16 100 % RASSISTISCH. Ein neues Buch untersucht die Jugendbewegung der Neuen Rechten. Ein Interview mit den Autor_innen.

17 „EIN MONSTER NAMENS EUROPA“. Welche Chancen haben rechte und rechtsextreme Parteien bei der kommenden EU-Wahl?

18 GETRÜBTES NORDLICHT. Bringen die Ergebnisse der FRA-Studie das Bild vom emanzipierten Norden in Bedrängnis? Ein Blick auf die Hintergründe der Studie über Gewalt an Frauen in Europa.

20 SHORT BITES. Infos abseits des Mainstreams.

Dossier

Was wir essen, ist nicht nur in gesundheitlicher und ökologischer, sondern in auch in politischer und sozialer Hinsicht höchst relevant. Wer erfahren möchte, was Veganismus mit den Pythagoreern zu tun hat, warum leistbares Studifutter zunehmend in Bedrängnis gerät, wie sich die eigene Versorgung mit Lebensmitteln in der Kooperative organisieren lässt und warum es am Meidlinger Markt so köstlich duftet, der/die sollte unser Dossier verschlingen.

22 GESCHMACKSUNTERSCHIEDE. Sechs spannende Fakten zum Thema Essen.

23 ESSEN TRÄGT DIE GANZE WELT IN SICH. Zeig mir, was du isst und ich sag dir, wer du bist: Eva Barlösius erklärt im Interview, woher unterschiedliche Geschmäcker kommen.

24 STUDENTENFUTTER. Wie ernähren sich Studierende zwischen Anwesenheitspflicht und Prüfungsstress? Eine Reise durch die Welt der Mensen und Studi-Lokale.

26 EIN LEBEN (FAST) OHNE SUPERMARKT. Immer mehr Menschen tun sich in Foodcoops zusammen und organisieren sich ihre Lebensmittel ohne Supermärkte.

28 INTEGRATION, DIE DURCH DEN MAGEN GEHT. Im *Purple Eat* kochen ehemalige AsylwerberInnen Speisen aus aller Welt.

Feuilleton

31 RAUS AUS DER INDIE-BLASE. Böser Hip Hop, guter Indierock? Unsere Autorin wirft gängige Stereotype über den Haufen.

32 VON LANGSCHNABELIGELN UND ANDEREN VERLAGEN. Bücher zu verlegen, macht nicht reich. Diese sechs Wiener VerlegerInnen tun es trotzdem mit großer Leidenschaft.

34 BIS ZUM ATLANTIK UND NOCH VIEL WEITER. Mit einem Youtube-Hit wurde *Sweet Sweet Moon* weltweit bekannt. Wir haben mit ihm Boccia gespielt.

38 TÖTEN DER WERTLOSEN. Der Politikwissenschaftler Thomas Schmiedinger kommentiert die Diskussion rund um Sterbehilfe.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Beim Produzieren dieser Ausgabe hatten wir mit Hungergefühlen zu kämpfen. Nicht nur aufgrund der anstrengenden Arbeit, sondern auch wegen der Texte im Dossier, in dem so köstliche Gerichte wie „Tofu mit Curry“ oder „Krautrouladen“ erwähnt werden. Wir beschäftigen uns nicht nur mit leckeren Speisen, sondern auch mit dem Stellenwert, den Essen gesellschaftlich hat.

Im Hinblick auf die kommenden EU-Wahlen fragen wir uns, wie die Jugend heute zur EU steht und mit welchen Strategien Europas RechtspopulistInnen heute mobil machen. Außerdem fragen wir uns, was struktureller Rassismus mit unseren Hochschulen zu tun hat.

Wir freuen uns jedenfalls über diese neue, spannende Ausgabe und außerdem auch über zahlreiche neue AutorInnen, die hoffentlich noch öfter für uns schreiben werden. Wenn ihr, liebe LeserInnen, auch Lust habt, beim *progress* mitzumachen, dann schaut doch bei unserer nächsten Redaktionssitzung oder einem unserer Workshops vorbei – die Infos dazu findet ihr auf unserer Facebook-Seite: <https://www.facebook.com/progress.dasmagazin>

Wir wünschen euch viel Spaß mit der neuen Ausgabe und einen schönen Mai!

Eure *progress*-Redaktion

Impressum

progress

Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft

Ausgabe 02/2014

Erscheinungsmonat: Mai

Medieninhaberin: Österreichische HochschülerInnenschaft,

Kontakt: Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

ChefInnenredaktion: Joël Adami, Anna Ellmer, Simone Grössing

AutorInnen dieser Ausgabe: Joël Adami, Theresa Aigner, Marlene Brüggemann, Anna Ellmer, Andreas Freund, Simone Grössing, Judith Götz, Kati Hellwagner, Klemens Herzog, Lukas Kaindlstorfer, Oona Kroisleitner, Katja Krüger, Sonja Luksik, Julia Prummer, Vinzent Rest, Jasmin Rückert, Georg Sattelberger, Sara Schausberger, Thomas Schmiedinger, Patricia Urban, Hengameh Yaghoobifarah.

Cover: Alexander Gotter

Dossier: Christina Uhl

Seite 7: Fabian Weiß

Seite 13: Eva Engelbert

Seite 29: Christopher Glanzl

Lektorat: Mirjam Pot, Marlies Weissinger

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann

Krisenerscheinungen

Die Jugend fühlt sich von der EU im Stich gelassen. Arbeitslosigkeit und ein Mangel an Perspektiven nehmen ihr zusehends das Vertrauen in Europa. Immer mehr junge Menschen sehen sich nach politischen Alternativen um.

Wer als junger Mensch in der EU mitreden möchte, muss viel Zeit und Geduld investieren, weiß Emma Hovi aus eigener Erfahrung. Die 24-jährige Wahl-Berlinerin war nach ihrer Schulzeit ein Jahr im Vorstand der Europäischen SchülerInnenvertretung OBESSU aktiv. Freundschaften konnte Hovi während dieser Zeit viele knüpfen. Aber die Arbeit in der Interessenvertretung hat sie zynisch werden lassen. „Wie wichtig die Jugend sei, wird in den Institutionen der EU überall betont. Wenn junge Menschen aber tatsächlich mitreden möchten, stehen sie schnell vor verschlossenen Türen“, meint Hovi. Ein ranghoher Kommissionsbeamter als Gast bei einer der vielen Veranstaltungen der Jugendorganisation sei eine Ehre gewesen, aber keine Selbstverständlichkeit.

Seit Ausbruch der Finanzkrise sinkt der Zuspruch, den die Europäische Union bei ihren BürgerInnen findet, stetig, das zeigen viele Statistiken. Laut *Eurobarometer* gab im Herbst 2013 nur noch ein Drittel der EU-BürgerInnen an, Vertrauen in die Europäische Union und ihre Politik zu haben. Dass sie damit noch besser abschnitt als die nationalen Regierungen, ist ein schwacher Trost. Den höchsten Zuspruch bekam die EU von den unter 24-Jährigen. Befürchtet wird aber, dass selbst diese Zahlen kippen könnten. Die Sparpolitik in Griechenland hat nicht nur drastische Folgen für das Land, sie hat auch Ratlosigkeit bei der Bevölkerung der anderen EU-Länder hinterlassen. Die Bilder aus Griechenland liegen vielen jungen EuropäerInnen schwer im Magen. Viele suchen bei nationalistischen Parteien einfache politische Antworten auf die Krise. Das sinkende Interesse der Jugend für die EU zeigte sich aber schon an der niedrigen Beteiligung bei der letzten EU-Wahl: 2009 nahmen weniger

als ein Drittel der Jugendlichen ihr Wahlrecht in Anspruch, so eine Studie des *Europäischen Jugendforums*. Ein Ergebnis, dem die EU mit mehr jugendpolitischen Maßnahmen entgegenwirken möchte. Mit dem sogenannten „Strukturierten Dialog“ sollen Jugendorganisationen bei der Ausarbeitung politischer Zielsetzungen schrittweise eingebunden werden. Auch im Entwicklungsplan „Europa 2020“, der den Rahmen für die Politik der nächsten Jahre vorgibt, hat die Jugend einen hohen Stellenwert und in der gegenwärtigen Krise entstanden gleich drei Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit. Gleichzeitig ist die europäische Jugendpolitik mit dem Problem konfrontiert, dass die Kompetenzen in dieser Hinsicht meist auf nationaler Ebene liegen. Was auf europäischer Ebene diskutiert wird, findet daher oft keine direkte Umsetzung. Jugendorganisationen können sich auf europäischer Ebene noch so engagieren, Resultate ihrer Bemühungen sind in den meisten Fällen nicht mehr als Empfehlungen und vage Absichtserklärungen.

KRISENERSCHEINUNGEN. So klein die politische Macht der EU in manchen Bereichen auch scheint, umso stärker spürbar sind die Auswirkungen ihrer Krisenpolitik. Unter dem Banner der Austeritätspolitik erklärte die EU die Konsolidierung des griechischen Staatshaushaltes durch rigide Sparmaßnahmen zum primären Ziel und entschied damit, Kapitalinteressen absoluten Vorrang zu geben. Die Aufzählung der Einsparungen in Griechenland liest sich wie eine Checkliste zur Demontage des sozialen Wohlfahrtsstaats: Kürzungen wurden vor allem im öffentlichen Dienst, bei Gehältern und Pensionen sowie bei sozialen Subventionen und im Gesundheitswesen

vorgenommen, das Arbeitsrecht wurde flexibilisiert und Schutzbestimmungen abgebaut. Mit buchhalterischem Erfolg: 2013 bilanzierte Griechenland zum ersten Mal in seiner Geschichte positiv. Der Preis dafür war jedoch immens hoch. So zeigten sich selbst der *Internationale Währungsfond* und die EU-Kommission im Vorjahr erstaunt angesichts der gesellschaftlichen Auswirkungen ihrer Sparziele. Zu diesem Zeitpunkt lehnten laut einer *Gallup*-Umfrage 94 Prozent der Menschen in Griechenland und 51 Prozent innerhalb der anderen EU-Länder die Maßnahmen ab und verlangten nach Alternativen. Eine Jugendarbeitslosenquote jenseits der 60 Prozent, prekäre Arbeitsbedingungen und unterfinanzierte Universitäten haben der jungen Generation die Zukunft verbaut. Selbst AbsolventInnen von etablierten Studienfächern wie Medizin, Architektur oder Rechtswissenschaften müssen heute um jedes unterbezahlte Praktikum kämpfen. Während sich die Miete für eine kleine Bleibe in Athen auf 300 Euro beläuft, liegt der Mindestlohn für junge ArbeitnehmerInnen knapp über 500 Euro. Viele junge Erwachsene mussten wieder zurück ins Elternhaus ziehen. Nicht wenige flüchten sich vor den deprimierenden Zukunftsaussichten in Rauschwelten oder Suizid. In Griechenland wurde in den letzten Jahren das Gegenteil der zuvor geplanten europäischen Jugendmaßnahmen umgesetzt, was für eine Hochkonjunktur der Kritik sorgte.

Katerina Anastasiou will über die Zustände in Griechenland informieren. Die 30-jährige Griechin lebt seit zehn Jahren in Wien und engagiert sich bei der Organisation *solidarity4all*. Sie sei oft erschrocken, wie wenig und wie einseitig hierzulande die Medien von ihrer Heimat berichten, erzählt die junge



Linke, die an der jetzigen EU nur wenig Gutes sieht. Die Krise habe die negative Seite vieler politischer Maßnahmen der letzten Zeit deutlicher in Erscheinung treten lassen. Mit Hilfe der Reise- und Niederlassungsfreiheit haben viele GriechInnen versucht der Misere zu entkommen, nur um andernorts feststellen zu müssen, dass aus ihrer Notlage erneut Profit geschlagen wird. Einige ihrer Bekannten seien hochqualifiziert nach Wien gekommen und sahen sich hier damit konfrontiert, dass ihnen zwar adäquate Jobs angeboten wurden, aber mit einer unüblich niedrigen Bezahlung, schildert Anastasiou. Für sie fehlt es hier an einem solidarischen europäischen Bewusstsein: „Damit wird die Chance vergeben, gemeinsam gegen etwas aufzutreten!“

Mit vielen anderen ist Anastasiou auf der Suche nach Alternativen zum gegenwärtigen System. Vereinzelt und mancherorts seien solche durchaus greifbar: „Als 2011 die Proteste vom Syntagma-Platz in Athen verschwanden, lag das nicht nur an der repressiven Polizeigewalt“, erzählt Katerina Anastasiou, „nach dem ersten Schock begannen die Menschen ihr Schicksal schlichtweg selbst in die Hand zu nehmen“. Mittlerweile finden sich vielerorts kommunale Strukturen, die medizinische Versorgung bieten, Lebensmittel und Dienstleistungen zur Verfügung stellen und Bildungsangebote geschaffen haben, ohne viel Gegenleistung zu erwarten. Diese kommunalen Solidaritätsbewegungen setzen dort an, wo staatliche Strukturen fehlen. Deshalb beabsichtigt Anastasiou auch in naher Zukunft wieder zurück nach Griechenland zu gehen. Um „dabei sein zu können, wenn etwas Neues entsteht“. Das Vorgehen der EU im Fall Griechenland und der Vorrang von finanziellen vor

sozialen Interessen bestätigt all jene, die die EU seit jeher als neoliberales Konstrukt sahen. In der Krise offenbart sie nun auch dem Rest von Europa ihre politischen Prioritäten.

Davon profitieren aber auch rechte EU-KritikerInnen. Im April gründete die FPÖ-Jugend zusammen mit den Jugendorganisationen vom *Front National*, von *Vlaams Belang* und den *Schwedendemokraten* die Initiative *Young Europeans Alliance for Hope (YEAH)*. In ihrem Manifest befürworten sie die Nation als „überlegene Form der Gemeinschaft“. Wenn es darum geht, die europäische Integration zu kritisieren, können selbst rechtspopulistische Parteien transnational kooperieren. Mit absehbarem Erfolg: In Österreich liegt die FPÖ bei den Jungen wie gewohnt auch in den Umfragen zur Europawahl weit vorne. Europa-weit wird ein starker Zuwachs für jene Parteien, die regelmäßig gegen die EU wettern, erwartet.

REINE RHETORIK? Sind die Bemühungen der EU um verstärkte jugendpolitische Maßnahmen, BürgerInnenrechte, soziale Inklusion, europäische Integration und die Genese einer europäischen Identität nur Rhetorik? Will die EU weg vom neoliberalen Status quo, muss sie diese Ziele ernsthaft verfolgen. Der Politikwissenschaftler Stefan Seiden-dorf beschäftigt sich mit der Frage, was es braucht, damit die EU zu einer solidarischen Gemeinschaft wird. Er nennt drei wesentliche Faktoren: Erstens die Ausformung europäischer Institutionen, durch die eine legitime rechtliche Grundlage für ihre Politik entsteht. Zweitens ein klar abgegrenztes Gruppenbewusstsein, das zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern unterscheiden lässt. Und

drittens einen gemeinsamen Sinnhorizont, der sich aus einer geteilten Vergangenheit und Symboliken der Gemeinschaft eröffnet. Gibt es dieses Gruppenbewusstsein und diesen Sinnhorizont bei jungen EuropäerInnen bereits?

Die Studierenden von heute sind die erste Generation, die in die Europäische Union hineingeboren wurde. Der Vertrag von Maastricht wurde Ende 1993 ratifiziert. Jene, die damals gerade erst zur Welt gekommen sind, sind heute Anfang zwanzig. Sie sind mit der EU groß geworden und haben ihre Entwicklung miterlebt. Sie haben die Einführung des Euros miterlebt, Krieg kennen sie zum Großteil nur aus der Zeitung. Von der Reisefreiheit des Schengener Abkommens profitieren sie seit ihrem ersten Urlaub und seit 25 Jahren lernen sie über Programme wie *Erasmus* andere europäische Länder kennen. 250.000 Studierende nehmen mittlerweile jährlich am Austauschprogramm teil. Es zählt zu den erfolgreichsten Projekten der EU. Heuer wurde es erneuert: *ERASMUS+* vereint nun weitere Austauschprogramme in den Bereichen Bildung, Jugend und Sport unter einem Namen. In den nächsten sieben Jahren stehen dafür knapp 15 Milliarden Euro zur Verfügung. Vier Millionen Jugendliche sollen davon profitieren. Dieses Engagement seitens der EU hat seine Effekte: Der *Eurobarometer* vom Herbst 2013 wies SchülerInnen und Studierende als einzige demografische Gruppe aus, die der EU mehrheitlich vertraute. Das liegt vermutlich auch daran, dass Jugendliche im Bildungsbereich am ehesten noch mit ihren Programmen in Kontakt kommen. Immerhin fünf Prozent der Jugendlichen nahmen laut der *Youth on the Move*-Studie von 2011 schon an einem Austauschprogramm teil.



Die restlichen 95 Prozent kommen mit EU-Projekten, wenn überhaupt, nur selten in Kontakt.

Sie begeben sich entweder selbst auf Recherche oder müssen sich mit den wenigen Medienberichten begnügen. Die geringe Rolle, die die EU zuweilen in den Nachrichten spielt, haben die Medien der einzelnen Mitgliedsstaaten zu verantworten, die der EU oft nur wenig Beachtung schenken: Dazu gesellt sich auch oft eine antieuropäische Rhetorik. Wenn Zeitungen über „PleitegriechInnen“ oder „RumänInnenbanden“ schreiben und PolitikerInnen Blame-Shifting in Richtung EU betreiben, hindern sie damit die EU daran, eine Gemeinschaft zu werden. Derzeit sieht sich eine knappe Mehrheit der EU-BürgerInnen noch als EuropäerInnen, aber gleichzeitig zeigen Studien, dass die Heimatverbundenheit wieder am Steigen ist, zwei Drittel der EuropäerInnen glauben außerdem nicht mehr, dass ihre Stimme in Europa Einfluss hat.

Diese Einstellung versuchen viele Initiativen im Vorfeld der EU-Wahl zu ändern. Johanna Nyman betreut eine davon. Die Biologie-Studentin sitzt im Vorstand des *Europäischen Jugendforums* und koordiniert das *Projekt League of Young Voters*, das Jugendlichen und Jugendorganisationen als Austausch-Plattform dienen soll. Die Initiative sei eine Reaktion auf die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen bei der Europawahl 2009, so Nyman. Die Erfahrung, dass Anliegen vielerorts gleich sind und die JungwählerInnen in der EU eine größere Gruppe sind als erwartet, soll diese zurück an die Wahlurnen bringen. Die Plattform selbst findet noch geringen Anklang, aber aus der Idee entstanden weitere Projekte: Auf MyVote2014.eu können UserInnen mittels

15 Fragen herausfinden, welche Partei am besten zu ihren eigenen Vorstellungen passt.

Dazu bekommen sie Informationen über die Abgeordneten und ihre Parteien. Das Prinzip kommt dem Nutzungsverhalten von Jugendlichen in Bezug auf Online-Medien entgegen: Schnell, interaktiv und optisch ansprechend wird der Einstieg in die Meinungsbildung erleichtert.

WELCHE KRISE? Ist es ein Irrglaube, wenn wir als Studierende in Zentraleuropa, die mitunter auch von der EU profitieren, annehmen, ohne EU ginge es nicht? Einige SozialwissenschaftlerInnen wie etwa Alex Demirović weisen immer wieder darauf hin, dass nicht die Demokratie selbst, sondern ihre alten Institutionen in der Krise stecken. Systeme wie Staaten oder die EU befinden sich in einer Situation, in der die Parlamente nur noch reine Mitbestimmungsgremien sind. Wichtige Entscheidungen werden intransparent anderswo getroffen. Solange der Staat aber seinen Aufgaben nachkommt, dominiert ein Verständnis von Demokratie, das ohne Staat nicht denkbar ist. Die Soziologin Donnatella della Porta vom *European University Institute* sieht in der Vertrauenskrise durchaus auch positive Seiten. Durch sie öffnen sich Räume für neue Formen des demokratischen Zusammenlebens. Selbst wenn kommunale Bewegungen wie in Griechenland noch keinen alternativen Modellcharakter für die EU haben, zeigen sie doch auf, was politische Partizipation jenseits des Wahlgangs heißen kann.

In welche Richtung sich Europa bewegen wird, werden die nächsten Jahre entscheiden. Das hängt nicht allein

davon ab, ob die Europäische Union die Folgen ihrer Krisenpolitik eindämmen kann. Um aus der Identifikationskrise herauszukommen, braucht es passende demokratische Rahmenbedingungen und eine gemeinsame Öffentlichkeit. Erste zaghafte Schritte wurden dahingehend schon unternommen. Beispielsweise wurde die österreichische „Ausbildungsgarantie“ für Jugendliche 2014 von der Mehrheit der Mitgliedsstaaten übernommen und in den nächsten beiden Jahren stehen sechs Milliarden Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung. Bei den Europawahlen im Mai besteht erstmals die Möglichkeit direkt mitzuentcheiden, wie die Kommission zukünftig aussehen soll. Die größte Parlamentsfraktion wird auch den/die Kommissionspräsidenten/in stellen, so die Abmachung unter den Mitgliedsstaaten. Unabhängig davon, wie stark die Wahlbeteiligung ausfallen und wie das EU-Parlament nach den Wahlen zusammengesetzt sein wird, die Union wird uns auf jeden Fall noch eine Weile erhalten bleiben, auch wenn neue Formen der politischen Organisation entstehen. „Solange das so ist, kann man auch gleich wählen gehen – Veränderung ist ja schließlich keine Entweder-oder-Frage“, meint Johanna Nyman vom *Europäischen Jugendforum*. Oder man macht es wie Alina Böling: Da auch sie findet, dass die EU etwas stagniert, entschloss sich die 24-jährige Finnin kurzerhand selbst für das Europäische Parlament zu kandidieren, um so neuen Input geben zu können. Jeder wisse schließlich, so Böling, dass eine demokratische und funktionierende Union mehr als nur den Euro und Wirtschaftspolitik braucht.

Lukas Kaindlstorfer studiert Soziologie in Wien.

BILDUNG



„Rassismus ist gut integriert“

Die Sozialwissenschaftlerin und Aktivistin Araba Evelyn Johnston-Arthur forscht über institutionellen Rassismus und Widerstand in Österreich. Im Interview erklärt sie, warum Hochschulen und Bildung dabei eine wichtige Rolle spielen.

Als die Aktivisten Kwame Toure (vormals Stokely Carmichael) und Charles Hamilton in den 1960ern in den USA das Konzept des institutionellen Rassismus prägten, benannten sie jene Dimensionen von Rassismus, die Kameras nicht einfangen können. Sie zeigten auf, dass sich Rassismus nicht in isolierten Gewalttaten des Ku-Klux-Klans erschöpfte, sondern rassistische Strukturen fest in der Mitte der Gesellschaft verankert sind. Araba Johnston-Arthur zeigt, dass das Konzept bis heute nicht an Aktualität eingebüßt hat.

progress: Im Jahr 2000 hast du geschrieben, dass ein Bewusstsein für die Realität von Rassismus in Österreich erst am Anfang steht. Hat diese Aussage noch immer Gültigkeit?

Araba Johnston-Arthur: Gerade im österreichischen Kontext wird nach wie vor oft hartnäckig verleugnet, dass es Rassismus überhaupt gibt. Wenn man dann doch von Rassismus spricht, dann herrscht meist eine individualisierte Auffassung davon vor: Rassismus wird auf einzelne Ereignisse und individualisierte Gewaltakte reduziert. Dabei wird auch häufig klassistisch argumentiert: Rassismus sei ein Problem der ModernisierungsverliererInnen und der ungebildeten ArbeiterInnen. Er wird damit auf die „Anderen“ projiziert und nicht als gut in der Mitte der Gesellschaft verankerte, alle Institutionen – Justiz, Polizei, Schule etc. – durchwirkende Realität verstanden.

Gleichzeitig müssen sich Schwarze Menschen und People of Color täglich angesichts der vielschichtigen Realität von Rassismus behaupten. Hier gibt es sehr wohl diesbezügliches Wissen. Die Frage ist also, von wessen Bewusstsein wir sprechen, es gibt hier nämlich einen krassen Kontrast. Vor diesem Hintergrund ist das Benennen von institutionellem Rassismus an sich schon ein zentraler Akt des Widerstands, weil

damit ein sehr mächtiges Schweigen gebrochen wird. Audre Lorde (Anm. d. R.: Schwarze US-amerikanische Literaturwissenschaftlerin und Schriftstellerin) betonte, dass wir unsere Unterdrückung nicht bekämpfen können, solange wir sie nicht benennen.

Welche Dimensionen hat institutioneller Rassismus an österreichischen Hochschulen?

Zunächst stellt sich die Frage, wer überhaupt Zugang zu den österreichischen Hochschulen hat. Wenn wir an die frühe Trennung in Gymnasium und Hauptschule denken, oder daran, wer in die Sonderschule geschickt wird, werden eine Reihe historisch gewachsener klassistischer und rassistischer Ausschlussmechanismen sichtbar. Darüber hinaus kommt den Universitäten als umkämpftes Repräsentationssystem eine wichtige Rolle zu. Welche Art von Wissen wird an den Universitäten vermittelt und institutionalisiert? In Frankreich beispielsweise wollte man 2005 gesetzlich festschreiben, dass Universitäten und Schulen die positive Rolle des französischen Kolonialismus zu vermitteln haben. Dagegen gab es heftige Proteste.

Es geht nicht nur um Fragen des Zugangs, sondern auch um interne Hierarchien.

Generell sind wir rassifizierte „Anderen“ nach wie vor häufig nur als Forschungsobjekte sichtbar, als politische Subjekte und Forschende hingegen viel zu unsichtbar. Es gibt in dieser Hinsicht Veränderungen, aber das sind noch zarte Pflänzlein. May Ayim (Anm. d. Red.: afro-deutsche Schriftstellerin) hatte 1986 große Schwierigkeiten, eineN ProfessorIn für die Betreuung einer Magisterarbeit in Pädagogik über Rassismus in Deutschland zu finden. Dahingehend hat sich bis heute nicht viel verändert, auch im österreichischen Kontext nicht. Wichtig finde ich in diesem Zusammenhang auch die Kritik der Historikerin

Fatima El-Tayeb bezüglich der dominanten Rezeption von postkolonialer Theorie: Auch im deutschsprachigen Raum wird mittlerweile einiges aus dieser Perspektive dekonstruiert, aber die unbequemen, vor der eigenen Nase liegenden Machtverhältnisse, die auch in unseren Universitäten herrschen, werden selten thematisiert.

An den Universitäten scheint institutioneller Rassismus in der eigenen Institution kaum Thema zu sein. Woran liegt das?

Natürlich wacht die Universität nicht eines Tages auf und beschließt sich mit ihrem eigenen strukturellen Rassismus zu beschäftigen. Die Frage ist, aus welcher Perspektive wir das betrachten. Rassismus ist in den Hörsälen durchaus ein Thema für all jene, die sich angesichts des rassistischen Status quo behaupten müssen. In der Wahrnehmung der Mehrheit existiert dieser Status quo aber einfach nicht. Es gab und gibt aber durchaus oft diesbezügliche individuelle und kollektive Interventionen. Beispielsweise haben sich Studierende of Color organisiert, um gegen Ausschlüsse auf struktureller Ebene und für politische Mitbestimmung an österreichischen Universitäten zu kämpfen.

Du selbst hast dein Studium in Ghana, England und Österreich absolviert, jetzt forschst du in den USA. Inwiefern unterscheiden sich die Situationen an den unterschiedlichen Hochschulen?

Gleich nach der Matura war ich ein Jahr an der Universität in Legon in Ghana. Das war für mich sehr wichtig. Dort habe ich unter anderem gelernt, dass auch die Frage der Ressourcen und Infrastruktur eine strukturelle ist und mit neokolonialen Verhältnissen in Zusammenhang steht. Wir mussten dort zum Beispiel Bücher von ghanesischen AutorInnen aus London bestellen. An der Uni in London habe



Foto: Ben Johnston-Arthur

ich gelernt, wie aktuell die Glorifizierung des eigenen britischen Kolonialismus und die Tabuierung von Rassismus in diesem Zusammenhang noch immer sind. Mein Entschluss, meine Dissertation nicht in Wien, sondern an der *Howard University*, einer historisch Schwarzen Universität in Washington DC, zu schreiben, hat wiederum viel damit zu tun, dass ich in Howard nicht immer wieder argumentieren muss, dass Rassismus überhaupt existiert, sondern mich auf die Analyse seiner Mechanismen und die damit zusammenhängenden Schwarzen Widerstände konzentrieren kann.

Welche konkreten Maßnahmen wären aus deiner Sicht im Kampf gegen institutionellen Rassismus an den Hochschulen zu setzen?

Zentral ist hier zunächst das Wissen über den Status quo von Rassismus an den Hochschulen selbst. KollegInnen und ich haben in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsarbeitskreisen eine Zeit lang Workshops zu institutionellem Rassismus an verschiedenen Unis gemacht. Leider werden die verschiedenen Diskriminierungsmechanismen aber oft in Konkurrenz zueinander gesehen: also (Hetero-)Sexismus vs. Rassismus vs. Klassismus. Tatsächlich verstärken sie sich jedoch gegenseitig. Wir müssen verschiedene Diskriminierungssysteme in ihrer Gleichzeitigkeit verstehen, weil man sonst die Lebensrealität der Menschen, die in den Hochschulen arbeiten und studieren, verkennt. Wie Audre Lorde sagt: „There is no such thing as a single-issue struggle because we do not live single-issue lives.“

An der Akademie der bildenden Künste in Wien versucht man derzeit eine antidiskriminatorische Betriebsvereinbarung umzusetzen. Dabei geht es auch darum, Diskriminierung als strukturelles Problem zu bekämpfen und Mehrfachdiskriminierung sichtbar zu machen. Gleichzeitig frage ich mich,

inwieweit der Kampf gegen institutionellen Rassismus nicht einer ist, der die Ebene von Maßnahmen sprengt.

Rassismus wird wie Migration in Österreich oft als neues Phänomen gesehen. Du zeigst auf, dass Rassismus in Österreich aber eine lange Geschichte hat.

Nehmen wir zum Beispiel den Mainstream-Diskurs über Migration und Flüchtlinge. Als immer mehr Flüchtlinge aus dem Osten kamen, gab es zunächst Sympathie. Das änderte sich, als zunehmend rumänische Flüchtlinge kamen und viele davon Roma waren. Nun wurden uralte Rassismen bemüht, die weit zurückgehen. So war zum Beispiel Maria Theresia in Europa federführend in Sachen repressiver Gesetzgebung gegen Roma und Sinti. Diese Geschichte wird aber unsichtbar gemacht. Das Gleiche gilt für das gegenderte rassistische Wissen, das über Schwarze Menschen vorherrscht: die angebliche Aggressivität Schwarzer Männer, die pathologisierte Sexualität Schwarzer Frauen – damit wird etwas aufgewärmt, was eine lange Geschichte hat. In Österreich tut man so, als wäre das alles ganz neu, weil man keine Kolonien in Afrika hatte. Österreich ist aber Teil eines gesamteuropäischen kolonialen Denksystems und diese Bilder sind tief im populären Bewusstsein verankert. Wir finden sie in der Oper, in der Literatur, in den Mehlspeisen, in unseren Redewendungen und so weiter. Und das bleibt nicht auf der Ebene der Sprache, sondern ist Teil einer sozialen Praxis. Diese Stereotype spiegeln sich in vielen Amtshandlungen der Polizei wider: Schwarzes Objekt, besonders gefährlich, mehr Polizei verlangt. Rassistische Gewalt wird so gerechtfertigt. Und das ist nicht auf Österreich beschränkt. Diese zum Teil tödlichen Mechanismen sind global wirksam.

Wie siehst du die aktuellen Auseinandersetzungen in Österreich rund um die Verwendung des N-Wortes?

Man sieht hier wieder einmal, dass Rassismus meist als etwas verstanden wird, was hauptberufliche RassistInnen aus dem rechten Eck betreiben. Damit wird verwischt, wie tief Rassismus in der Gesellschaft verankert ist.

Faszinierend ist, dass Rassismus und die Kritik daran, zu solchen Anlässen columbusartig immer wieder neu entdeckt werden. Kritik an Rassismus wird von verschiedenen MigrantInnencommunities, Schwarze Menschen und People of Color aber schon seit Jahrzehnten formuliert und gelebt. Meist wird das aber schlicht ignoriert. Wenn Kritik dann doch Gehör findet, ist interessant, wie reagiert wird. In Österreich ist dann immer sofort von einer Political-Correctness-Hysterie die Rede. Damit werden Rassismus und die Kritik daran auf eine sprachliche Ebene reduziert. Es geht aber um einen strukturellen Gesamtzusammenhang. Aktuell hat Pamoja, die Bewegung der jungen afrikanischen Diaspora in Österreich, die Verwendung des N-Wortes und die Praxis des Blackfacing bei den *Wiener Festwochen* kritisiert. In dem Statement von Pamoja geht es überhaupt nicht um Political-Correctness. Vielmehr wird die Kritik im Kontext einer größeren Realität von strukturellem Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen geübt. Bei dieser Auseinandersetzung geht es auch um Definitionsmacht: Wer darf definieren, was rassistisch ist und was nicht? Und wer ist überhaupt in der Position zu sprechen?

Außerdem ist es in einem Land wie Österreich, wo so viel Antisemitisches und Rassistisches sagbar ist, absurd von einer Political Correctness-Hysterie zu sprechen. Rassismus ist in Österreich gut integriert.

Das Interview führte Anna Ellmer.



Die ersten Gesichter des Lebens

Hebamme zu sein, ist kein einfacher Job. Für viel Arbeit gibt es dafür in Österreich wenig Geld und Anerkennung. Auch in Indien verdienen Hebammen nicht viel, dafür ist die Dankbarkeit groß, denn qualifizierte Geburtshilfe ist dort nicht selbstverständlich.

Jasmin, Verena und Daniela sind in Österreich häufige Mädchennamen. In Anaiyeri, einem entlegenen indischen Dorf im Bundesstaat Tamil Nadu, heißen Frauen Annalakshmi, Meenatchi oder Selvi. Seit vier Jahren liegen dort jedoch deutsche Namen im Trend, denn die neugeborenen Mädchen des Dorfes werden nicht nach ihren indischen Müttern und Großmüttern, sondern nach ihren deutschen und österreichischen Hebammen benannt.

In Österreich gibt es derzeit etwa 2.000 Hebammen. Sie sind viel mehr als bloße Geburtshelferinnen: Lange bevor das Baby zur Welt kommt, klären sie werdende Mütter über die richtige Ernährung in der Schwangerschaft auf, versuchen Beschwerden wie Übelkeit und Rückenschmerzen zu lindern und kontrollieren die richtige Lage des Kindes im Bauch der Mutter. Auch wenn es nach der Geburt mit dem Stillen nicht so ganz funktioniert oder die Neugeborenen gesundheitliche Probleme haben, stehen Hebammen unterstützend zur Seite. Um darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig dieser Beruf ist, wird am 5. Mai der Hebammentag gefeiert.

Hebammen leisten jedoch nicht nur in österreichischen Krankenhäusern viel, sondern manchmal auch an Orten, wo es nicht so selbstverständlich ist, dass es sie überhaupt gibt. Die 23-jährige Mira Königsberger beispielsweise arbeitet im *Maternity Health Center* im indischen Anaiyeri. Nachdem sie im vergangenen Jahr ihr Hebammenstudium an der Fachhochschule Krems abgeschlossen hatte, ist sie nach Indien gegangen. Das MHC wird vom deutschen Verein *Pirappu* und der indischen NGO PMD betrieben und finanziert sich über Spenden. Die Patientinnen sind werdende Mütter aus der ländlichen Umgebung. Sie kommen ins MHC zum Yoga für Schwangere, für das erste Ultraschallbild von ihrem Sprössling und für alle Vorsorgeuntersuchungen.

Und natürlich zur Entbindung. Nach der Geburt werden Mutter und Kind zu Hause oder im Geburtshaus weiter betreut. Für die Patientinnen kostet das nichts. Auch die vier indischen Krankenschwestern des MHC profitieren von den ausländischen Hebammen; sie werden von ihnen unterrichtet. So schlüpfte Königsberger von der Rolle einer Studierenden in die einer Lehrenden.

DIE AUSBILDUNG. In Indien ist die Geburtshilfe Teil der KrankenpflegerInnenausbildung, die nur ein Jahr dauert – in Österreich hingegen sechs Semester. Sieben Fachhochschulen bieten den Studiengang an, einen Platz zu bekommen, ist schwierig. „Für 16 Plätze haben wir jährlich zwischen 260 und 280 BewerberInnen“, erklärt Margaritha Kindl, die den Hebammenstudiengang an der IMC FH Krems leitet. Die BewerberInnen sind übrigens fast ausschließlich weiblich – bisher gibt es noch keinen einzigen Mann, der in Österreich als Hebamme (so lautet die korrekte Berufsbezeichnung auch für Männer) tätig ist, denn es konnte sich noch keiner im Bewerbungsverfahren durchsetzen. „Wenn uns ein Mann überzeugt, erhält er natürlich einen Studienplatz. Dieses Jahr war allerdings wieder kein einziger dabei“, sagt Kindl. Das Studium gestaltet sich ähnlich intensiv wie das Auswahlverfahren: Denn angehende Hebammen erwerben nicht nur medizinische Kenntnisse. Betriebswirtschaftliche und rechtliche Fächer sollen sie zusätzlich darauf vorbereiten, einen Kleinbetrieb zu führen, denn viele von ihnen werden später als freiberufliche Unternehmerinnen arbeiten. Neben der Theorie muss jedes Semester ein 8- bis 14-wöchiger Praxisblock in einem Kranken- oder Geburtshaus absolviert werden, was auf Kosten der Sommerferien geht. Wer mit dem Bachelor of Science abschließen will, muss während der Ausbildung mindestens 40 Geburten leiten. So schreibt es eine EU-Richtlinie vor.

WARUM EIN GEBURTSHAUS? Natürlich könnten die Frauen aus Anaiyeri auch in ein öffentliches Krankenhaus gehen. Sie hätten auch guten Grund dazu: Nämlich eine Prämie von 12.000 Rupien, umgerechnet 145 Euro, die der Bundesstaat Tamil Nadu allen Frauen auszahlt, die in einem öffentlichen Krankenhaus gebären. Das ist viel mehr Geld als die meisten Familien in Tamil Nadu monatlich verdienen. Die Prämie soll helfen, die Sterblichkeitsraten von Müttern und ihren Neugeborenen zu senken, außerdem werden die neuen StaatsbürgerInnen in den öffentlichen Krankenhäusern gleich amtlich registriert. Das nächste Krankenhaus liegt auch nur 35 Kilometer von Anaiyeri entfernt. Das klingt nicht weit; auf einer indischen Landstraße ist es das aber: Im Slalom versuchen die FahrerInnen riesigen Schlaglöchern, Motorrädern und Autorikschas, den indischen Mopedtaxi, auszuweichen. Auch Ziegen und Kühe verstopfen die ohnehin schon schlechten Straßen. Mit dem Auto braucht man ins Krankenhaus mindestens 50 Minuten. Weil es im MHC zurzeit keine fix beschäftigten ÄrztInnen und keinen Operationsraum gibt, entscheiden die Hebammen bei schweren Geburtskomplikationen dennoch manchmal, eine Frau mit der Ambulanz ins nächste Krankenhaus zu bringen. „Das fällt mir jedes Mal schwer“, sagt Königsberger. Denn die holprige Fahrt ist noch das geringste Problem. Als sie zum ersten Mal einen Kreißsaal in einem öffentlichen Krankenhaus in Tamil Nadu gesehen hat, war sie schockiert. Die Schwangeren lagen teilweise völlig entblößt in ihrem Blut und Urin und weinten leise vor sich hin. Eingetrocknete Blutflecken und Schamhaare anderer Frauen klebten noch an den metallenen Liegen. Durch ein Loch in der Mitte dieser „Betten“ konnten die austretenden Körperflüssigkeiten in einen Mülleimer abrinnen. „Es ist menschenunwürdig. Der Arzt kommt meistens erst, wenn man den Kopf schon sieht, um das Baby dann mit veralteten



Methoden ‚rauszuholen‘“, erzählt sie. Im MHC erfahren die Patientinnen, dass eine Geburt auch ganz anders ablaufen kann.

STATUS DER FRAUEN. Die Behandlung der Schwangeren im Krankenhaus spiegelt ein dominantes Frauenbild in Indiens ländlichen Gegenden wider. „Ein Mädchen großzuziehen ist das Gleiche, wie den Garten des Nachbarn zu bewässern“, sagt ein indisches Sprichwort. Es kostet viel und ist wenig ertragreich. Denn die Eltern verlieren ihre Tochter nach der Hochzeit und müssen eine Mitgift an deren Ehemann zahlen. In Indien werden Frauen schon diskriminiert, bevor sie überhaupt geboren werden: Schwangere, die ein Mädchen erwarten, gehen seltener zur Vorsorgeuntersuchung, bekommen ihre Kinder häufiger alleine zu Hause und lassen sich nicht so oft gegen Tetanus impfen, was Todesursache Nummer eins bei indischen Neugeborenen ist. Schätzungen gehen von zehn Millionen Abtreibungen in den letzten zwei Jahrzehnten aus, die Gründe dafür sind verschieden: Verzweifelte Frauen treiben ab, wenn sie sich ein weiteres Kind nicht leisten können, wenn sie unverheiratet schwanger werden oder wenn sie erfahren, dass ihr Baby ein Mädchen wird. Zwar hat der indische Staat schon viele Maßnahmen gesetzt, um dieser Praxis entgegenzuwirken, aber das Problem ist schwierig in den Griff zu bekommen. Da Abtreibungen gesetzlich verboten und gesellschaftlich verpönt sind, passieren sie meist zu Hause hinter verschlossenen Türen in unhygienischen Verhältnissen, ohne medizinische Hilfe. Königsberger hat so einen Fall miterlebt: „Eine Frau hat uns mitten in der

Nacht angerufen, sie hatte starke Blutungen. Leider wohnte sie zu weit weg vom Geburtshaus.“ Das MHC-Team riet ihr daher, sofort das nächste Krankenhaus aufzusuchen. Dort brach sie vor der Türe zusammen. Die diensthabende Krankenschwester, die von der Abtreibung wusste, wollte sie nicht aufnehmen und überließ sie ihrem Schicksal. „Dieser Fall ist gut ausgegangen: Wir konnten ihr noch rechtzeitig einen Rettungswagen organisieren.“ Bei einem Hausbesuch am nächsten Tag war die Frau körperlich wohlauf. Dennoch zitterte sie am ganzen Körper, aus Angst vor den Reaktionen der anderen DorfbewohnerInnen. Zwar wusste niemand von der Abtreibung – aber das Baby war ein Bub. Und einen Sohn zu verlieren, ist in Indien genauso schlimm wie abzutreiben.

Zu den vielen Aufgaben, die eine Hebamme für gewöhnlich hat, kam für Königsberger in Indien noch eine weitere dazu. Gemeinsam mit ihren Kolleginnen lehrt sie in Dörfern und Schulen über Hygiene und Ernährung, über die Veränderung des Körpers in der Pubertät, über HIV und über weibliche Selbstbestimmung. Das ist nicht immer leicht, denn viele Themen sind tabuisiert: „Man kann nicht einfach über Kondome sprechen. Schon das Wort allein ist ein Problem.“ Dennoch zeigen die Bemühungen des MHCs Erfolg. Der Pfarrer von Anaiyeri bat die Hebammen etwa, in der Kirche eine Aufklärungs-klasse für Jugendliche zu leiten. Auch verzichteten mehr und mehr Frauen auf die staatliche Prämie und gebären stattdessen unter hygienischen und menschenwürdigen Bedingungen im Geburtshaus.

Auch in österreichischen Krankenhäusern und bei Hausgeburten soll Frauen die Entbindung so angenehm wie möglich gemacht werden. Dafür arbeiten Hebammen Tag und Nacht, egal ob sie selbstständig oder angestellt sind. Wenn ein Baby unangemeldet kommt, was fast immer der Fall ist, dauert ihr Arbeitstag eben länger. „Wir haben außerdem immer die Verantwortung für mindestens zwei Menschen“, sagt Kindl. Müde und unachtsam zu sein, kann sich eine Hebamme nicht leisten. Das spiegelt sich jedoch nicht in der Bezahlung wider. Das Einstiegsgehalt beläuft sich ohne Nacht- und Risikozuschläge je nach Bundesland auf 2.100 bis 2.330 Euro brutto. Die Praxis während des Studiums ist überhaupt unbezahlt: „Es wäre wunderbar, wenn unsere Studierenden zumindest eine kleine Aufwandsentschädigung bekämen“, so Kindl. Indes ist ihre ehemalige Studentin Königsberger wieder aus Indien zurückgekehrt. Sie möchte sich nun im Raum St. Pölten selbstständig machen. Auch die anderen deutschen und österreichischen Hebammen werden Anaiyeri bald verlassen. Ab nächstem Jahr ist das indische Team dann auf sich gestellt. Ob sich der deutsche Namenstrend dann noch halten wird? Nach Königsbergers Kollegin Dorothea Müller wurde jedenfalls noch ein Mädchen benannt. „Dorothea“ war den indischen Eltern aber dann doch zu ausgefallen – am Ende haben sie die Kleine „Retha Sherlyn“ genannt.

Julia Prummer studiert Rechtswissenschaften an der Uni Wien.

Exklusive Gesundheitsstudien

Gedrängte Studienpläne und unbezahlte Praktika stehen in den gesundheitswissenschaftlichen Studien der FHs auf der Tagesordnung. Neben dem Studium zu arbeiten, ist kaum möglich – was zu einer schlechten sozialen Durchmischung führt.

In knapp zwei Monaten beendet Barbara König ihr Radiologietechnologie-Studium an der Fachhochschule Campus Wien. Die 23-Jährige ist eine von 4.580 Studierenden der Gesundheitswissenschaften in Österreich. Zwar entschied sie sich nach der Matura zuerst für ein Biologie-Studium an der Uni Wien, nach zwei Semestern erkannte sie aber, dass ihr „das Praktische“ und „der Kontakt mit Menschen“ fehlte, also trat sie beim EMS-Test an, um einen Medizinstudienplatz zu bekommen. Dieser wurde ihr auch zugesagt – allerdings in Innsbruck. Ein Wohnortwechsel kam für die Wienerin aber nicht in Frage. Daraufhin begab sie sich auf die Suche nach einem anderen Studium.

Der Bachelorstudiengang Radiologietechnologie gehört neben Fächern wie Logopädie, Biomedizinische Analytik oder Musiktherapie zu den 14 an österreichischen FHs angebotenen Vollzeitbachelorstudien im Bereich der Gesundheitswissenschaften. Ihr Studium beschreibt König als „sehr technisch und anspruchsvoll“, trotzdem zog sie es ohne größere Komplikationen durch. „Es ist motivierend, wenn man ein Ziel vor Augen hat“, erklärt sie. Dadurch, dass es an den FHs kein „Verschieben aufs nächste Semester“ wie an der Universität gebe, sei alles planbarer und vor allem absehbar.

Bevor sie überhaupt zum Studium zugelassen wurde, musste König jedoch ein mehrstufiges Aufnahmeverfahren, bestehend aus Motivationsschreiben, psychologischem Test, Wissensabfrage und persönlichem Gespräch, absolvieren. „Die Zugangsbeschränkungen an den FHs führen dazu, dass sich Studierende für ein Studium an mehreren oder sogar allen Standorten bewerben“, sagt Michael Hnelozub vom FH-Referat der ÖH-Bundesvertretung. Die FHs haben allerdings unterschiedliche Annahmefristen, weshalb FH-Erhalter_innen schon kurz nach der Zusage eine Kautions- oder Studiengebühren einheben. Zum einen, um zu wissen, wie viele Studierende ein Studium beginnen – aber auch, damit „sich Studierende nicht mehr umentscheiden können“, so Hnelozub. Studierende müssen sich somit sofort entscheiden, ob sie einen bereits sicheren Studienplatz annehmen oder lieber das Risiko eingehen und abwarten, ob sie noch eine Zusage von ihrer Wunsch-FH bekommen.

Solche Mehrfachbewerbungen waren bei Tobias Haas kein Thema. Er absolvierte von 2008 bis

2011, im ersten Jahrgang, das Bachelorstudium Gesundheit und Krankenpflege an der FH Campus Wien. Die Bewerber_innen wurden damals fast alle aufgenommen. Heute arbeitet Haas als Krankenpfleger in einem Wiener Spital und macht an der Uni Wien den Master in Pflegewissenschaften. An den FHs selbst gibt es nur selten weiterführende Masterstudien, die meisten aufbauenden Lehrgänge kosten mehrere tausend Euro.

Zwischen zwei Nachtschichten erinnert sich Haas daran, dass sein Studiengang, der als erster dieser Art an einer FH angeboten wurde, noch schlecht organisiert war: „Es war teilweise notwendig, nach den Praktika noch auf die FH zu fahren und Prüfungen zu schreiben. Das hat sich aber mittlerweile gebessert.“ Das Krankenpflegegesetz sieht ein Mindestmaß an Praktikumsstunden während der Ausbildung vor. Bei Haas umfassten sie die Hälfte der gesamten ECTS-Punkte des Bachelorstudiums. „Dadurch musste der Theorieteil in 90 ECTS gequetscht werden.“

THEORIE UND PRAXIS. „Im Prinzip sind wir Montag bis Freitag mit unseren Praktika beschäftigt“, sagt König. Von Beginn an ist der Stundenplan der Radiologietechnologie in Theorieblöcke mit anschließenden praktischen Übungen in Krankenhäusern oder Diagnosezentren in Wien, Niederösterreich oder dem Burgenland unterteilt. Nach dem Aufnahmeverfahren mussten die Studierenden unterschreiben, dass sie für Fahrtkosten und Ähnliches selbst aufkommen können, erzählt König. Wenn ein Praktikum nur halbtags läuft, geht es danach zum Theoriebüffeln zurück an die FH. Praxis bekommen die Studierenden zusätzlich dadurch, dass sie an einander üben. „Wir legen uns etwa gegenseitig ein EKG an“, so König.

Die Pflichtpraktika, die sie absolvieren muss, sind, wie auch in den anderen gesundheitswissenschaftlichen Studiengängen auf der FH, unbezahlt. Bei der Studierendensozialerhebung 2011 gab kein_e einzige_r Studierende_r an, für ein Pflichtpraktikum in diesem Bereich bezahlt worden zu sein. Gleichzeitig gilt 100-prozentige Anwesenheitspflicht bei den Praktika. „Ich darf keine Sekunde verpassen“, kritisiert König, „wenn ich krank bin,

kann ich aber einfach nicht kommen.“ Zwar gibt es meist die Möglichkeit das Versäumte in den Ferien nachzuholen. „Gern wird das aber nicht gesehen“, meint König.

„Das Problem, mit dem wir am öftesten konfrontiert sind, ist das der Studienjahrwiederholung“, sagt Hnelozub. Krank zu sein ist bei den Vollzeitstudien mit ihrem dichten Stundenplan nicht drin. Zwar gibt es die Möglichkeit, Fächer zu wiederholen – wenn eine kommissionelle Prüfung nicht bestanden oder die Anwesenheitspflicht in einer klinischen Übung nicht erreicht wird –, allerdings stellt dies Studierende vor weitere Probleme. „In den technischen Studienfächern ist es meistens kein Problem, wenn man ein Fach in das nächste Jahr hineinzieht“, sagt Hnelozub. Wegen den Voraussetzungsketten in den Gesundheitsfächern „verliert man hier aber gleich ein ganzes Studienjahr“. Durch das stark begrenzte Platzkontingent in den Gesundheitswissenschaften kann es aber sein, dass im Folgejahrgang gar kein Studienplatz mehr frei ist. „Dadurch haben Studierende dann ein Wartejahr oder steigen aus dem Studium aus“, sagt der FH-Referent.

VOLLZEIT STUDIUM, TEILZEIT ARBEIT. Neben dem gedrängten Studienplan ist es schwierig einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Lediglich zehn Prozent aller Studierenden der Gesundheitswissenschaften an FHs arbeiten während des ganzen Semesters, 17 Prozent jobben gelegentlich. König kellnerte an Wochenenden bis zu 30 Stunden, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, ein Job unter der Woche wäre unmöglich gewesen. Auch Haas hat während seinem Studium gearbeitet – als persönlicher Assistent: „Das waren sehr flexible Zeiten, die ich mir selbst einteilen konnte.“ Neben einem FH-Vollzeitstudium könne man im Grunde nur in „sehr prekären Verhältnissen“ jobben oder bezahlte Ferienpraktika absolvieren. Die schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Studium spiegelt sich auch in der sozialen Lage der Studierenden der Gesundheitswissenschaften wider: 54 Prozent kommen aus einem bildungsnahen Elternhaus. Somit seien diese FH-Studien auch „sehr elitäre Studien“, sagt Hnelozub.

Oona Kroisleitner studiert Rechtswissenschaften an der Uni Wien.

Zwischen Öffnung und Aushöhlung

Das Angebot an höherer Bildung, die im Internet einer breiteren Öffentlichkeit zu Verfügung steht, wächst stetig. Eine Entwicklung, die nicht nur Möglichkeiten eröffnet, sondern auch Herausforderungen mit sich bringt.

Auf ihre Fahnen heften sie sich die Vision einer Bildungsrevolution: Online-Universitäten und *Massive Open Online Courses* (MOOCs) wollen Bildung demokratisieren und breiten Bevölkerungsschichten frei zugänglich machen. In den vergangenen Jahren ist das Angebot an Hochschulbildung im Netz geradezu explodiert, je nach Belieben können entweder einzelne Kurse oder gar ganze Studiengänge von zuhause aus absolviert werden. Im Dickicht der unterschiedlichen Angebote findet sich aber nicht nur eine Fülle an Bildungsmöglichkeiten, sondern auch eine große Bandbreite unterschiedlicher Interpretationen davon, was freie und demokratische Bildung eigentlich sein soll.

Als eine der ersten hat die Universität Phoenix vor rund 20 Jahren damit begonnen, Kurse im Internet anzubieten. In weiterer Folge stellten immer mehr Universitäten Kurse einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung. Das *Massachusetts Institut of Technology* (MIT) etwa hatte 2012 bereits über 2.000 Kurse aus Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften online gestellt. Die öffentlich zugänglichen Materialien der jeweiligen Universitäten reichen von Video-, Audio- und Textbeiträgen bis hin zu Tests und Hausaufgaben mit Musterlösungen. Ein Großteil dieser Online-Angebote ist mit wenigen Klicks frei zugänglich, meist können sie aber weder für ein reguläres Studium angerechnet werden, noch ermöglichen sie einen zertifizierten Abschluss 2012 haben sich das MIT und die Harvard Universität zusammengeschlossen und die MOOC-Plattform edX gegründet. Mittlerweile ist sie eine von zahlreichen MOOC-Angeboten: Neben edX gehören *Coursera* und *Udacity* zu den populärsten.

Der Hochschulforscher und Professor für Pädagogik an der Universität Hamburg, Rolf Schulmeister sieht das vermehrte Bildungsangebot im Netz

grundsätzlich positiv, hat aber auch Bedenken: „Die Ansprüche dieser Initiativen waren es, Bildung zu demokratisieren und kostenfrei zugänglich zu machen. Das ist aber nicht eingetreten.“ Im Wesentlichen gebe es dafür zwei Gründe. Zum einen würden viele der Angebote zwar keine formalen Voraussetzungen verlangen, sehr wohl aber eine gewisse Vorbildung bedingen. Wer etwa einen Statistikkurs des MIT online machen möchte, benötigt ein Grundwissen, das nicht zugänglich gemacht wird. Dieser Umstand spiegelt sich auch in den TeilnehmerInnenzahlen wider: Rund 80 Prozent der TeilnehmerInnen an MOOCs verfügen bereits über einen Bachelor- oder Masterabschluss. Von einer breiten Öffnung kann hier also bisher kaum die Rede sein. Außerdem setzen Plattformen wie Coursera oder Udacity mittlerweile auf ein zum Teil kostenpflichtiges Angebot. Wer etwa Credits erlangen möchte, muss zumindest eine Prüfungsgebühr zahlen. „Das ist professionelle Weiterbildung und nicht Bildung für breite Bevölkerungsschichten im eigentlichen Sinn“, erklärt Schulmeister.

Eine andere Initiative, die *University of the People*, versucht seit 2009 Studierenden, die sonst kaum eine Chance darauf hätten, Hochschulabschlüsse kostenfrei zu ermöglichen. Zurzeit bietet sie zwei Bachelor-Programme in „Business Administration“ und „Computer Science“ – ganz ohne Studiengebühren – an. Seit kurzem ist sie in den USA auch akkreditiert, ein Abschluss von dieser Universität wird damit auch anerkannt. Das Studium selbst wird gänzlich online absolviert, die Lehrenden kommen mitunter von namhaften Universitäten und arbeiten dort ehrenamtlich. Finanziert wird die Universität aus privater Hand, unter anderem von der *Bill und Melinda Gates Stiftung*. Die Abhängigkeit von privaten Geldgebern steht im Grunde im Widerspruch zum eigentlichen Anspruch der Universität. Zu Beginn war

die Teilnahme an den Programmen zwar wirklich kostenfrei, mittlerweile müssen aber bereits Prüfungsgebühren bezahlt werden. Dass die Universität auch auf lange Sicht keine Studiengebühren einheben wird, bezweifelt auch Rolf Schulmeister: „Im Moment haben sie ja noch entsprechende GeldgeberInnen im Rücken, aber irgendwann wird Schluss sein, und dann sind sie auf andere Einnahmen angewiesen.“ Ein Ersatz für freie staatliche Bildung kann also auch die *University of the People* nicht werden.

Die verschiedenen Initiativen stellen aber auch das staatliche Hochschulsystem vor neue Herausforderungen. Die Universität St. José in Kalifornien ist bisher das bekannteste Beispiel dafür, wie Hochschulbildung etwa durch MOOC-AnbieterInnen in Zukunft weiter ausgehöhlt werden könnte. Getrieben durch den Druck, Sparmaßnahmen zu ergreifen, versuchte die Universität ihre einzelnen Fakultäten dazu zu animieren, verstärkt mit MOOC-Kursen in den jeweiligen Klassen zu arbeiten. Die ProfessorInnen der philosophischen Fakultät wandten sich daraufhin mit einem Protestschreiben an die Öffentlichkeit und wiesen darauf hin, dass solche Versuche verheerende Folgen für eine freie und unabhängige Bildung hätten. Standardisierte Kurse auf mehreren Hochschulen anzubieten, degradieren ProfessorInnen zu besseren Hilfskräften, kritisieren die WissenschaftlerInnen in ihrem Schreiben. Das Vorhaben der Universität wurde mittlerweile fallen gelassen. Aber auch Rolf Schulmeister beobachtet solche Entwicklungen mit Besorgnis: „Wenn man versucht regulär vorhandene Veranstaltungen durch MOOCs zu ersetzen, dann führt das langfristig dazu, dass der Lehrkörper ersetzt wird.“

Georg Sattelberger studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

Was denkst du über die EU?



„Ein vereinigtes Europa ist wichtig. Ohne die Auflösung der Grenzen und die europäische Krankenkarte wäre ich nicht seit mehreren Jahren in Österreich und könnte hier studieren. Mich stört aber, dass es innerhalb der EU-Strukturen keine echte Opposition gibt.“

Nadine, 24, Theater-, Film- und Medienwissenschaft, Uni Wien.



„Als Schülerin hatte ich noch positive Erwartungen an die EU. Heute erschrecken mich vor allem die Nachrichten über die menschenverachtenden und rassistischen Praktiken der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Die EU ist direkt und indirekt dafür verantwortlich, dass jährlich tausende Menschen an ihren Außengrenzen sterben. FRONTEX ist ein Verbrechen.“

Jasmin, 25, Japanologie und Gender Studies, Uni Wien.



„Es ist leider einfacher die negativen Effekte der EU aufzuzählen als ihre positiven. Klar ist für mich, dass es Alternativen zum europäischen Krisenmanagement in Form von autoritärer Sparpolitik, zum Nationalismus und zur menschenunwürdigen Flüchtlingspolitik braucht – das wird vermutlich nur auf einer europäischen Ebene möglich sein.“

Jakob, 26, Philosophie, Uni Wien.

Umfrage: Simone Grössing
Fotos: Alexander Götter



„Dass 20 Jahre nach dem Jugoslawien-Krieg Slowenien, Kroatien, Serbien und Kosovo wieder in einem großen Staatenbund unterkommen (wollen), ist einfach schön!“

Christopher, 30, Internationale Entwicklung, Uni Wien.



„Ich stehe der EU positiv gegenüber, mich stört aber das Demokratiedefizit in ihren Strukturen. Man sollte nicht nur das EU-Parlament direkt wählen können. Auch die Umsetzung der EU-Politik sollte in den Mitgliedsstaaten effizienter erfolgen.“

Anne, 20, Politikwissenschaft, Uni Wien.

Service, das hilft!

Vertragscheck

Seit diesem Sommersemester verfügt die ÖH über ein neues Beratungsangebot: den Vertragscheck. Alle Fragen rund um Arbeitsverträge, Arbeitsrecht, Arbeitnehmer_innenschutz, Versicherung, Dienstverhältnisse und Konsument_innenschutz können im Vertragscheck geklärt werden. Gemeinsam mit der *Gewerkschaft der Privatangestellten – Druck, Journalismus, Papier* (GPA-djp) informiert dich die ÖH über deine Rechte als Arbeitnehmer_in und Konsument_in.

Denn beim ersten Kontakt mit arbeitsrechtlichen Bestimmungen ist es oft nicht leicht, den

Durchblick zu bewahren. Angefangen bei den verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen, bis hin zu Sozialversicherung und deinen Rechten als Arbeitnehmer_in gibt es Vieles zu beachten. Der Vertragscheck bietet Unterstützung, um unangenehmen Überraschungen bei Arbeitsbeginn vorzubeugen. Auch Kaufverträge in den Bereichen Mobilfunk, Internet, Freizeit oder Strom und Heizung kannst du checken lassen.

Kontakt: vertragscheck@oeh.ac.at

(SR)

Direktwahl

Seit zehn Jahren kann die Bundesvertretung der ÖH nicht mehr direkt gewählt werden, sondern wird nach den Wahlergebnissen an den einzelnen Universitäten beschickt. Schon 2005 hat sich die ÖH gegen diese Änderung ausgesprochen und seither für eine Wiedereinführung der Direktwahl gekämpft. Mit einer von der ÖH und dem BMFWF gemeinsam erarbeiteten Novelle des Hochschulinnen- und Hochschülerchaftsgesetzes (HSG) wird nun die Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung wieder eingeführt. Ab den nächsten ÖH-Wahlen im Jahr 2015 können

Studierende die Besetzung der höchsten ÖH-Vertretungsebene wieder direkt bestimmen. Außerdem bringt die Novelle eine Stärkung der Vertretungen an Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen, die Studierenden an Privatuniversitäten werden wieder in die ÖH aufgenommen (siehe *progress* 01/14) und Studierende aus Drittstaaten können erstmals bei ÖH-Wahlen selbst antreten. Weiterführende Informationen zu diesen Änderungen findest du auf www.oeh.ac.at/direktwahl.

(VT)

POLITIK





100 % rassistisch

Spätestens mit ihrer Aktion gegen die Refugees in der Wiener Votivkirche letztes Jahr, erlangte die „Identitäre Bewegung“ hierzulande mediale Aufmerksamkeit. Ein Buch legt nun die Ideologie und Strategien der neuen Rechtsextremen offen. progress traf die Autor_innen Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl zum Interview.

progress: Entgegen ihrer Selbstdarstellung als politisch in der Mitte stehend, charakterisiert ihr die Identitären in eurem Buch als Jugendbewegung der Neuen Rechten. Was bedeuten die Begriffe „identitär“ und „Neue Rechte“?

Brun: Die Alte Rechte hat eindeutig einen biologischen Rassismus an den Tag gelegt, sich antisemitisch positioniert, etc. Das war nach dem Holocaust verpönt und in dieser Form nicht mehr möglich.

Strobl: Die Neue Rechte versucht durch neue Kommunikationsstrategien subtiler zu wirken. Typisch ist die „Salamitaktik“, also Positionen erst nach und nach preiszugeben.

Glösel: Der Begriff „identitär“ wird von den Gruppen selbst nicht definiert, er ist eher eine Projektionsfläche für diverse Sehnsüchte. „Identitär“ bleibt so zwar schwammig, ist gleichzeitig aber auch unverbraucht, unbelastet und selbstbejahend.

Was unterscheidet die Identitären von herkömmlichen rechtsextremen oder neonazistischen Gruppierungen?

Strobl: Identitäre haben ihr Vorbild in *CasaPound* aus Italien. Das ist eine Bewegung, die Codes und Aktionsformen, wie Hausbesetzungen oder Flashmobs, aus dem linken politischen Spektrum übernimmt und Stilmittel der modernen Werbeindustrie verwendet. Mit dem klassischen Rechtsextremismus verbindet man ja eher militantes Auftreten. Die Jugendbewegung der Neuen Rechten hingegen ist viel weichgezeichneter, jünger und popkultureller.

Glösel: Aktionismus ist ein weiteres wichtiges Unterscheidungsmerkmal, weil Identitäre ihre Öffentlichkeit selber herstellen. Anders als Player_innen der Alten Rechten beharren sie nicht auf Anonymität, sondern inszenieren sich als Celebrities.

Brun: Oberflächlich grenzen sie sich außerdem von Rassismus ab. Einer ihrer Sprüche lautet „0 % Rassismus, 100 % identitär“. Das ist ein Versuch, aus der rechtsextremen Schmutzdecke rauszukommen und junge Menschen anzusprechen, die sich als in der politischen Mitte stehend definieren.

Strobl: Dabei ist diese sogenannte Mitte erfunden. In der Vorstellung von Verfassungsschutz und Parteien gilt diese als normativ positiv und erstrebenswert. Sie wird einem gleichermaßen negativ be-

setzten links- und rechtsextremen Rand gegenübergestellt. Anhand der Neuen Rechten sieht man gut, dass so ein Extremismuskonzept nicht haltbar ist.

Wo können die ideologischen Bezugspunkte und politischen Einstellungen der Identitären verortet werden?

Brun: Ein wesentlicher Eckpunkt ihrer Ideologie ist der Ethnopluralismus. Dabei gehen sie von verschiedenen, in sich homogenen Ethnien aus, deren Vermischung immer Konflikte auslöst. Die Konsequenz dieses originär neurechten Konzepts wäre weltweite Apartheid, um das Bedrohungsszenario des Verlustes der Identität abzuwehren.

Strobl: Identitäre propagieren auch einen krassen antimuslimischen Rassismus, damit stehen sie der Alten Rechten in nichts nach.

Glösel: Auch ihr Heterosexismus und ihr biologisch aufgeladenes Geschlechterbild sind nichts Neues. Sie bieten auch lediglich Männern eine Identifikationsfläche und konstruieren ein soldatisches Männlichkeitsbild.

Brun: Ein weiterer markanter Eckpunkt der Neuen Rechten ist, dass alle mit der 68er-Bewegung verbundenen Errungenschaften und Begriffe – zum Beispiel „political correctness“ oder Emanzipation große Feindbilder sind.

Wie wollen die Neuen Rechten intervenieren?

Brun: Identitäre fallen durch Aktionen auf, die nicht viel kosten, die leicht und schnell zu organisieren sind und die man filmen und ins Internet stellen kann. Sie bringen sich zum Beispiel bei Protesten gegen Asylwerber_innenheime ein.

Strobl: Ihr Ziel ist es, auf den vorpolitischen Raum einzuwirken. Mithilfe dieser „metapolitischen“ Strategie sollen der öffentliche Diskurs und Meinungsbildner_innen beeinflusst werden.

Glösel: Wir haben versucht zu zeigen, dass es der Neuen Rechten um den Aufbau einer Gegenkultur geht. Bei den Identitären merkt man das daran, dass sie ein ganzes Repertoire, das von einem eigenen Verlag bis hin zu einer eigenen Ästhetik reicht, aufgebaut haben.

Warum spricht die Identitäre Bewegung vor allem Student_innen und Schüler_innen an?

Glösel: Das liegt an ihren Themen, an der Weise, wie sie diese ansprechen und an den Mitteln, die sie dazu verwenden. Viele junge Erwachsene sind erstmals mit sozialen Unsicherheiten konfrontiert. Identitäre greifen genau das auf, allerdings ohne profunde Kritik am ökonomischen System. Ihre aktionistische Ausrichtung und ihre Medien ermöglichen es, schnell mitzumachen.

Strobl: In Gruppierungen wie den Identitären ist es außerdem sehr leicht, dem eigenen Rassismus und den eigenen Vorurteilen Raum zu geben, ohne sich vor sich selbst rechtfertigen zu müssen. Identitäre Aktivist_innen haben sicher nicht das Gefühl, bei den Stiefelnazis gelandet zu sein. Trotzdem können sie gegen dieselben Feindbilder hetzen.

Warum sollten wir die Identitäre Bewegung nicht einfach ignorieren?

Strobl: Historisch war es noch nie besonders sinnvoll Rechtsextremismus zu ignorieren. Man muss sich vor Augen halten, dass jene, die mehr Ressourcen haben und sich in bürgerlichen Kreisen bewegen, oft gefährlicher sind als diejenigen, die man sofort als Rechtsextreme erkennt.

Glösel: Die Identitären schaffen sich ihre Öffentlichkeit selbst, sie zu ignorieren würde ihren Handlungsspielraum vergrößern. Außerdem sehe ich ein Auftreten gegen Identitäre als Möglichkeit, gegen das Extremismuskonzept des Verfassungsschutzes zu arbeiten. Wir wollen zeigen, dass Rechtsextreme immer von der Ungleichheit von Menschen ausgehen und gegen Marginalisierte agitieren. Das unterscheidet sich diametral von dem, wofür Linke auftreten. Wer links und rechts ständig gleichsetzt, übersieht das und ist dann völlig überrascht, dass es Bewegungen wie die Identitären gibt.

Brun: Wir wollen Identitäre nicht über-, aber sicher auch nicht unterschätzen. Es ist uns wichtig, aufzuzeigen, dass diese Bewegung nicht harmlos ist. Sie kommt aus demselben Lager wie die NPD, die Pro-Bewegung in Deutschland oder die FPÖ. Dass die Identitären weichgezeichneter auftreten, ändert nichts an ihrer rechtsextremen Ideologie

Das Interview führte Sonja Luksik.

„Ein Monster namens Europa“

Europas rechte und rechtsextreme Parteien wollen ein neues Wahlbündnis gründen. Ist die Angst vor einem EU-Parlament der EU-KritikerInnen gerechtfertigt?

Seit Ende letzten Jahres wird in der Berichterstattung über die kommenden EU-Wahlen immer wieder die Befürchtung eines beträchtlichen Stimmenzuwachses für rechtsextreme Parteien geäußert. Das Potential der rechten und rechtsextremen Parteien, Wähler_innenstimmen für sich zu gewinnen, wird dabei oft überschätzt. Allerdings wurden deren Programmatiken und Forderungen mittlerweile von Parteien der Mitte teilweise übernommen und umgesetzt.

GEEINTE UNTERGANGSPHANTASIEN. Rund 380 Millionen Stimmberechtigte können von 22. bis 25. Mai über die neue Zusammensetzung des Europaparlaments entscheiden. Aktuelle Umfragen zufolge werden rechte und rechtsextreme Parteien aus 13 Mitgliedstaaten (wieder) ins Parlament einziehen. Diese eint vor allem ihre EU- und eurokritische beziehungsweise -feindliche Haltung sowie ihr antimuslimischer Rassismus. Zentrale Themen dieser Parteien sind demnach nicht nur die EU samt ihrer Bürokratie, „Bonzen“ und Rettungspakete für „die faulen Südländer“, sondern vor allem auch die Mobilisierung gegen das Feindbild „Islam“, die Forderung nach einem „Einwanderungsstopp“ sowie Hetze gegen andere Minderheiten wie Roma oder homosexuelle Menschen. Insbesondere der in den Parteien propagierte Nationalismus mitsamt Phantasien vom Untergang des „christlichen Abendlands“ verfestigen sich in einer Ausgrenzungsideologie gegenüber allen vermeintlich „Anderen“ oder „Fremden“.

Der große Widerspruch: Diese Parteien, die aktuell mit 55 Abgeordneten im EU-Parlament vertreten sind, geben sich europakritisch oder gar EU-feindlich, trotzdem wollen sie ins EU-Parlament. Zu verlockend scheint die Möglichkeit, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen sowie bei der Geldvergabe berücksichtigt zu werden. Kaum verwunderlich also, dass VertreterInnen europäischer rechtsextremer Parteien erneut einen Versuch starteten, ein Bündnis der Gleichgesinnten, die *Europäische Allianz für Freiheit* (EAF) zu gründen. Um eine Fraktion zu bilden, die finanzielle Zuwendungen bekommt, benötigt ein solches Bündnis nämlich mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Ländern.

RECHTSEXTREME ALLIANZEN. Bereits im November 2013 trafen sich die FPÖ, der französische *Front National* (FN), die italienische *Lega Nord* (LN), der belgische *Vlaams Belang* (VB), die *Schwedendemokraten* (SD) sowie die *slowakische Nationalpartei* (SNS) in Wien um ein rechtes beziehungsweise rechtsextremes Wahlbündnis zu beschließen. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird als Ziel „die Bewahrung der kulturellen Identitäten der europäischen Völker“ genannt, „Masseneinwanderung und eine Islamisierung Europas“ gelte es zu verhindern. Wenngleich Geert Wilders, Vorsitzender der niederländischen *Partei für die Freiheit* (PVV), bei der Zusammenkunft in Wien nicht vertreten war, soll auch seine Partei mit an Bord sein. Bisherige Bündnisversuche der Europa-Rechten waren aufgrund von internen politischen Differenzen gescheitert. So führte beispielsweise der Austritt der Abgeordneten der *Groß-Rumänien-Partei* nach antiziganistischen Äußerungen von Alessandra Mussolini 2007 zum Ende der rechten Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* (ITS) im EU-Parlament. Auch nach den jüngsten rassistischen Aussagen von Andreas Mölzer, der inzwischen als Spitzenkandidat der FPÖ zurückgetreten ist, scheint das Bündnis erneut zu wackeln. Nicht nur Marine Le Pen, Vorsitzende des FN, auch die SD haben angedroht aus dem Bündnis auszuweichen, sollte Mölzer im Vorstand bleiben. Weitere Differenzen ergeben sich darüber hinaus mit Parteien wie der PVV. Geert Wilders sticht nicht nur als „Islamkritiker“ hervor, weil er den Koran als „faschistisches Buch“ bezeichnet hat und gegen den „Tsunami der Islamisierung“ vorgehen möchte. Er hat sich in der Vergangenheit öfters pro-israelisch und offen gegenüber der Ausweitung von Homosexuellen-Rechten gezeigt – ein Widerspruch zum Antisemitismus und der Homophobie der meisten anderen Parteien. Die Heterogenität der involvierten Parteien sowie ihr nationalistischer Charakter dürften das geplante Bündnis zusätzlich destabilisieren.

KRISENGEWINNERINNEN? Mitte März 2014 widmete sich die Konferenz „Europa auf der Kippe?“ der *Bundeszentrale für politische Bildung* in Köln dem „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im Vorfeld der Europawahlen“. Im Rahmen des Eröffnungsvortrags analysierte der Politikwissenschaftler Cas

Mudde die zwei Hauptbotschaften der Berichterstattung über die Europa-Wahlen: „Die Wirtschaftskrise hat zum Aufstieg von Rechtsaußen geführt, und die Rechtsaußenparteien werden bei den Europawahlen im Mai 2014 große Stimmenzuwächse erzielen.“ Trotz des breiten diesbezüglichen Medienkonsenses hält er den ersten Punkt für faktisch falsch und den zweiten für höchst unwahrscheinlich. Wirtschaftskrisen hätten in den seltensten Fällen zu Wahlerfolgen für rechtsextreme Parteien geführt; dies sei auch aktuell nur in Griechenland der Fall. In anderen europäischen Krisenländern seien keine vergleichbaren Tendenzen zu erkennen. Stattdessen würden Rechtsextreme gerade in Ländern, die wenig von der Krise betroffen sind, Erfolge feiern. Zudem prognostiziert Mudde der extremen Rechten im Europaparlament lediglich sechs Prozent der Sitze. Da eine Zusammenarbeit mit linken EU-KritikerInnen unwahrscheinlich bleibt, bleibe die Mehrheit nach wie vor bei pro-europäischen Kräften.

Damit versucht Mudde Übertreibungen in Bezug auf die Gefahr rechtsextremer Parteien entgegenzuwirken, verharmlost diese jedoch auch, da rechtsextremes Gedankengut keineswegs ein gesellschaftliches Randphänomen darstellt. Der gesellschaftliche Rechtsruck, der sich beispielsweise in weit verbreitetem Rassismus und Antiziganismus äußert, findet in seinen Ausführungen keine Erwähnung. Dieser lässt sich nicht ausschließlich an Wahlerfolgen messen, schließlich sind es in den wenigsten Ländern rechtsextreme Parteien gewesen, die Asylgesetze verschärft haben oder gegen Roma vorgehen. Parteien der Mitte haben die Forderungen rechtsextremer Parteien längst in ihre Politiken aufgenommen. Auch dafür, welche Gewalt von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie ausgeht, herrscht kaum Bewusstsein. Gerade die tiefe Verankerung dieser Ideologien in der Mitte der Gesellschaft sollte endlich im öffentlichen Diskurs thematisiert werden – ohne dabei die Gefahr, die rechtsextreme Parteien darstellen, zu verkennen.

Judith Goetz ist Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (www.fipu.at) und studiert Politikwissenschaft im Doktorat an der Uni Wien.

Getrübbtes Nordlicht

Anfang März veröffentlichte die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) erstmals eine Studie zu Gewalt an Frauen, die alle Mitgliedstaaten der EU abdeckt. Für Diskussionen sorgte besonders das hohe Ergebnis in Skandinavien.

Mit verpflichtenden Frauenquoten für Aufsichtsräte staatsnaher Unternehmen wie etwa in Norwegen und Kinderbetreuungsmodellen, die Frauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern sollen, gilt Skandinavien als Vorzeigeregion für progressive Frauenpolitik in Europa. Im „Global Gender Gap Report“ des *World Economic Forums* (WEF) nahmen 2013 dementsprechend alle fünf skandinavischen Länder Spitzenpositionen ein, mit Island an erster Stelle vor drei weiteren nordischen Ländern und Dänemark – als einziger leichter Ausreißer – auf Rang acht von insgesamt 68 untersuchten Ländern. Der Bericht versucht den Grad an Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in Zahlen zu gießen, indem die teilnehmenden Länder anhand von Kriterien wie Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt, Möglichkeit zur politischen Betätigung sowie Gesundheit gereiht werden.

Angesichts solcher Rankings und der gängigen politischen Praxis in Skandinavien wirkt das Ergebnis der Studie der *Europäischen Agentur für Grundrechte* (FRA) zu Gewalt an Frauen fast unglaublich. Der FRA-Studie zufolge weist nämlich Dänemark die europaweit höchste Inzidenz an Gewalt gegen Frauen auf: 52 Prozent der dänischen Frauen seien zumindest einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen. Finnland mit 47 Prozent und Schweden mit 46 Prozent kommen auf ähnlich hohe Werte. Österreich dagegen liegt mit 20 Prozent weit davon entfernt und hat – nach Polen mit 19 Prozent – die zweitniedrigste Quote. Im Durchschnitt wurde jede dritte Frau in Europa während ihres Lebens schon Opfer von Gewalt.

Die FRA-Studie untersucht unter anderem, inwieweit Frauen über ihre gesamte Lebensspanne verteilt von verschiedenen Formen von Gewalt betroffen sind, von wem sie ausgeht und in welcher Umgebung sie geschieht. 42.000 Frauen, die zum Erhebungszeitpunkt alle älter als 18 Jahre alt waren und aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten kommen, nahmen an der

Studie teil. Dabei wurde neben Erfahrungen aus allen Lebensphasen auch nach einschlägigen Gewalterfahrungen während der letzten 12 Monate gefragt. Auch in dieser Hinsicht weist Dänemark mit 37 Prozent den höchsten Wert auf und weicht weit vom Durchschnitt von rund zehn Prozent ab. Weiters wurde untersucht, ob die Gewaltausübenden den Betroffenen bekannt waren und welches Geschlecht diese hatten.

EIN POSITIVES SIGNAL? Die dänische Öffentlichkeit zeigte sich angesichts der alarmierenden Zahlen erschüttert. In den ersten öffentlichen Reaktionen wurde vor allem die Aussagekraft der Studie stark in Zweifel gezogen. Zur prominentesten Kritikerin der FRA-Studie in der dänischen Presse wurde Karin Helweg Larsen, Ärztin und Autorin zahlreicher Studien, die sich mit Gewalt gegen Frauen in Dänemark auseinandersetzen. Sie meint, die Feststellung frappant höherer Raten in den nordischen Ländern sei schlicht falsch. Auch das signifikant niedrigere Ergebnis von Kroatien sieht sie als Indiz für die zweifelhafte Qualität der Studie: Schließlich tobte dort vor 20 Jahren noch ein Bürgerkrieg – ein Umstand, der Gewalt gegen Frauen in der Regel fast zwingend in die Höhe treibt.



Rebekka Mahler von KVINFO in Kopenhagen.

Außerdem wird kritisiert, dass kulturellen Differenzen in der Studie zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt werde. Zwar wird auf Unterschiede in der Auffassung von Gewalt hingewiesen: Konkret erwähnt werden so das jeweils spezifische Verständnis von Gewalt in Beziehungen als öffentliches oder als privates Problem, die unterschiedliche Bereitschaft entsprechende Gewalt den Behörden zu melden und das Maß gesellschaftlicher Unterstützung dafür sowie die verschieden hohe Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen in den verschiedenen europäischen Ländern. In der Auswertung der Studie werden solche Faktoren aber nicht berücksichtigt, so Helweg Larsen. Zudem verweist sie auf niedrigere Rücklaufquoten in den nordischen Samples. Es sei davon auszugehen, dass von Gewalt betroffene Frauen in einem anonymisierten Verfahren eher antworten, weil sie über ihre Erfahrungen sprechen wollen.

Überdies kamen ähnliche Studien in der Vergangenheit zu völlig konträren Ergebnissen: Laut dem „International Violence Against Women Survey“ (IVAWS) aus dem Jahr 2003 etwa seien in Dänemark gerade einmal 1,1 Prozent der Frauen von Gewalt in der Partnerschaft betroffen. Weit weniger als etwa in Tschechien mit acht Prozent. Ein Vergleich des Ausmaßes an Gewalt in verschiedenen Ländern ist laut Helweg Larsen aufgrund der großen Unterschiede im Umgang mit der Thematik und ihrer Benennung aber ohnehin schwierig bis unmöglich. Sie sieht den Wert der FRA-Studie eher darin, dass sie aufzeigt, dass Frauen in den nordischen Ländern Gewalt früher als solche erkennen. „Es kann durchaus als positiv empfunden werden, dass Frauen in Dänemark von einer hohen Gewaltprävalenz berichten. Das zeigt, dass sie eine niedrige Toleranz für Beleidigungen und Erniedrigungen haben.“

Ähnlich sieht das Gabriella Nilsson von der südschwedischen *Lunds Universitet*. Sie verweist darauf, dass in Schweden bereits seit den 1970er-Jahren über häusliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen



Foto: cc, Jens Rost

diskutiert werde. Deshalb können Frauen auf ein breiteres Wissen bezüglich der Legalität bestimmter Handlungen zurückzugreifen. „Studien haben zudem gezeigt, dass es in Schweden im Vergleich zu anderen Ländern als weniger stigmatisierend empfunden wird, eine Gewalttat zu melden“, so Nilsson.

Rebekka Mahler, vom *Danish Centre for Gender, Equality and Ethnicity* (KVINFO), dagegen misst den Erkenntnissen der Studie durchaus Aussagekraft bei. Kulturelle Unterschiede könnten zwar nicht vollständig von der Hand gewiesen werden und durchaus kleinere Fehler verursachen, gleichzeitig aber keinesfalls den einzigen Grund für die überproportional hohen Werte im Norden darstellen. „Die Fragestellungen waren sehr faktenorientiert. Gefragt wurde etwa, ob es Erfahrungen mit Handlungen wie Schubsen oder Schlägen gegeben hat und von welcher Person diese ausgingen. Wie und ob die Betroffene das als Gewalt empfunden hat, wurde nicht gefragt.“

Mahler sieht die hohe Anzahl an Übergriffen unter anderem in der hohen Frauenerwerbsquote in skandinavischen Ländern begründet. Vor allem haben nordische Länder mit ihrem traditionell sehr umfassenden Wohlfahrtsstaat ein höheres Beschäftigungsniveau im sozialen Bereich. Da es sich hierbei um einen Sektor mit besonders hohem Frauenanteil handle, könne davon ausgegangen werden, dass dort Beschäftigte häufig den Belästigungen männlicher Klienten ausgesetzt seien. Tatsächlich ist der FRA-Studie zufolge besonders die Rate von Gewalt am Arbeitsplatz in den skandinavischen Ländern hoch. In der Forschung sieht Mahler diesbezüglich großen Aufholbedarf, auch in Dänemark: „Da ist Material für viele Dissertationen drin“, meint sie auf die FRA-Studie deutend.

BACKLASH? In Dänemark durchgeführte Studien spiegeln aber auch einen deutlichen Anstieg an Gewalt innerhalb von Partnerschaften bei unter 25-Jährigen wider. Umfragen zeigen außerdem, dass junge dänische Männer weiterhin mehrheitlich der Idee anhängen, dass Männer für Führungspositionen geeigneter seien als Frauen. Mahler sieht darin durchaus eine Reaktion auf den vergleichsweise fortgeschrittenen Status in Sachen Gleichberechtigung in Dänemark. Gleichzeitig konstatiert sie aber auch in Dänemark eine Tabuisierung des Problems der Gewalt an Frauen in der öffentlichen Diskussion. „Viele Frauen berichten von schlechten Erfahrungen im Umgang mit Behörden, wenn sie entsprechende Delikte melden.“ Rebekka Mahler bemängelt auch, dass im Diskurs oft hauptsächlich auf die Bedürfnisse von Männern eingegangen werde. Das vorherrschende Bild von Männlichkeit werde im Zuge dessen allerdings nicht kritisch reflektiert und aufgearbeitet. Stattdessen werde häufig anti-feministisch und reaktionär argumentiert. Sie verweist etwa auf eine Organisation, die sich als Gegenorganisation zu KVINFO versteht und sich vor allem zum Ziel gemacht hat, Männer vor angeblich gewalttätigen Feministinnen zu warnen.

In Schweden wurde bereits einige Monate vor Erscheinen der FRA-Studie der Umgang mit Gewalt gegenüber Frauen in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Außerhalb des Landes wurde der dortige Umgang mit Sexualdelikten besonders durch die Anklage gegen *Wikileaks*-Gründer Julian Assange bekannt. Assange wird vorgeworfen ohne Zustimmung seiner Partnerin auf Verhütungsmittel verzichtet zu haben. Die hohe Anzahl gemeldeter Delikte in Schweden spiegelt sich aber nicht in einer hohen Rate von Verurteilungen wider. AktivistInnen warben deshalb

unter dem Slogan „samtycke“ (dt.: Zustimmung) für klarere Regeln für die Rechtsprechung. Vorausgegangen war dem Protest ein Freispruch in einem Vergewaltigungsprozess, in dem der Richter festhielt, dass das „Nein“ im Kontext eines angeblichen Sex-Spiels nicht stark genug gewesen wäre, um den Beschuldigten sein fehlerhaftes Verhalten erkennen zu lassen. Die Betroffene habe sich demzufolge nicht ausreichend gewehrt. Zuvor gab es bereits ähnliche Freisprüche, etwa aufgrund von Trunkenheit der Betroffenen.

Nilsson sieht das Problem hier weniger in Gesetzeslücken, sondern im großen Gestaltungsraum der RichterInnen in ihrer Urteilsgenese. Dabei werden häufig historisch gewachsene gesellschaftliche Vorstellungen zu weiblicher oder männlicher Sexualität in die Urteilsbegründung miteinbezogen. Nilsson fordert daher, den Fokus zukünftig nicht auf Gewaltanwendung, sondern auf die Frage, ob ausdrücklich Zustimmung gegeben wurde, zu richten. „Ich glaube, das wäre ein wichtiger und symbolischer Schritt. Momentan gilt ja das Gegenteil: Weibliche Körper werden so lange als verfügbar betrachtet, bis Ablehnung ausgedrückt wird.“

Vinzent Rest studiert Politische Ökonomie in Kopenhagen.

Weiterführende Links:

FRA-Studie auf Englisch (http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2014-vaw-survey-main-results_en.pdf)
 KVINFO (<http://forside.kvinfo.dk/>)
 Nordic Gender & Media Forum (<http://www.nordicgenderandmediaforum.se/>)

Foto: cc, no border network



MASSNAHMEN GEGEN FLÜCHTLINGE

Die Europäische Union und einige afrikanische Staaten wollen gemeinsam gegen illegalisierte Einwanderung aus Afrika nach Europa vorgehen. An einem diesbezüglichen Gipfel nahmen mehr als 60 Vertreter_innen der EU, der Vereinten Nationen und der AKP-Gruppe teil. Das Ergebnis war eine Vereinbarung, gemeinsam dafür zu sorgen, dass weniger Menschen aus Afrika nach Europa kommen. Konkrete Maßnahmen wurden nicht beschlossen. (JW)

Foto: cc, Водник



BRANDANSCHLAG AUF ROMALAGER IN SALZBURG

In Salzburg wurden zwei Romalager in Brand gesetzt. In den Unterkünften wurden Matratzen und persönliche Gegenstände angezündet. Es wird vermutet, dass Rechtsradikale hinter den Anschlägen stehen. Die Stadt Salzburg ist seit längerem von Nazi-Schmierereien, zum Beispiel auf Gedenkstätten und Stolpersteinen, betroffen. (JW)

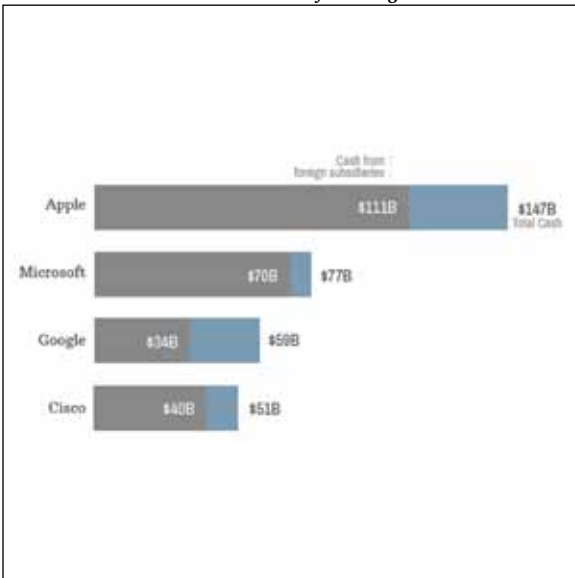
Foto: cc, Zanato



STARKES ERDBEBEN ERSCHÜTTERT CHILE

Chile wurde Anfang April von einem der schwersten Erdbeben seit Jahrzehnten heimgesucht. Mehr als zehntausend Gebäude wurden dabei beschädigt und mehr als 1.150 Häuser sind von irreparablen Schäden betroffen. Nach dem Beben kämpft das Land gegen Plünderungen und einen Massenausbruch von 300 Frauen aus einem Gefängnis. (JW)

Foto: The Bureau of Investigative Journalism



TECHGIGANTEN LEIHEN OFFSHORE-GELD AN US-REGIERUNG

Die europäischen Tochterfirmen von Microsoft, Apple, Google und Cisco verfügen durch Steuervermeidungsstrategien über mehr als 255 Milliarden US-Dollar. Dabei werden Gewinne aus Ländern mit hohen effektiven Steuersätzen in Länder mit geringeren effektiven Steuersätzen transferiert. Davon haben diese vier Unternehmen einen Großteil (163 Milliarden Dollar) in US-Staatsanleihen investiert, für welche die amerikanischen Steuerzahler_innen die Zinsen bezahlen. (AF)

Foto: cc, John ONolan



GROSSBRITANNIEN ENTZIEHT STAATSBÜRGER_INNENSCHAFTEN

In den meisten Ländern kann die Staatsbürger_innenschaft nur in extremen Ausnahmefällen entzogen werden, zum Beispiel wenn diese durch Betrug erlangt wurde. Großbritannien möchte nun ein Gesetz beschließen, welches es ermöglicht, Terrorverdächtigen die Staatsbürger_innenschaft zu entziehen. Dadurch soll verhindert werden, dass britische Muslim_innen, die im syrischen Bürgerkrieg gekämpft haben, erneut nach Großbritannien einreisen dürfen. (AF)

Foto: cc, eldh



TÜRKISCHE FALSE FLAG OPERATION

Kurz vor den Kommunalwahlen Ende März wurden in der Türkei Twitter und Youtube gesperrt. Damit wollte Ministerpräsident Erdogan nicht nur die Verbreitung von Telefonaufnahmen verhindern, die vermeintliche Beweise für Korruption in seinem engsten Umfeld lieferten, sondern auch Aufnahmen von Außenminister Davutoglu. Diesem zufolge planten türkische Militärs einen Angriff auf ein türkisches Grabmal, der später Syrien in die Schuhe geschoben werden sollte. Die türkische Regierung bestätigte die Existenz der Bänder, behauptet aber, dass sie manipuliert worden seien. (AF)

dossier



Bon Appétit!

Von Geschmacksfragen und Essgewohnheiten

GESCHMACKSUNTERSCHIEDE

Geschmackssache

Über Geschmack lässt sich nicht streiten, heißt ein bekanntes Sprichwort. Ob mensch als Naschkatze auf die Welt kommt oder eben nicht, wird im Allgemeinen als individuell und zufällig betrachtet. Eine andere Meinung vertritt Pierre Bourdieu, der sich in seinem 1979 erschienenen soziologischen Klassiker „Die feinen Unterschiede“ mit dem Zusammenhang von Geschmack und sozialer Klasse beschäftigt hat. Bourdieu argumentiert, dass sich Klassenstrukturen durch die Anhäufung von kulturellem Kapital reproduzieren. Unseren Geschmack – egal ob es um Kunst oder Nahrungsmittel geht – sieht er als eine der Manifestationen dieses Kapitals. Während sozial benachteiligte Klassen aufgrund ihrer Erfahrung von Not und Mangel nahrhafte Speisen vorzögen, würden privilegierte Klassen mehr Wert auf Luxus und Feinheit legen, so Bourdieu. Hinzu kommt dann eine Aufwertung des Essens der Privilegierten und die soziale Hierarchie der Geschmacksunterschiede verfestigt sich. Wer der Käsekrainer also Blauschimmelkäse oder Bio-Falafel vorzieht, darf sich aufgefordert fühlen, die Hintergründe ihrer*seiner Entscheidung mitzubedenken.

Gute-Laune-Essen

Nicht nur Keksen, auch vielen anderen Nahrungsmitteln wird nachgesagt, dass sie gute Laune machen. Der Verzehr von Schokolade, wie auch anderer kohlenhydratreicher Lebensmittel, lässt unseren Körper angeblich Glückshormone ausschütten und als besonders wirksames Wohlfühlmittel gilt immer noch das ehemalige Luxusgut Kaffee. Dabei findet ein Zusammenspiel von Chemie und Psychologie statt, das noch nicht vollends entschlüsselt wurde. Ob es der befriedigte Appetit nach dem Schema der Selbstbelohnung, das sinnliche Erleben von Wärme und Duft einer Speise oder ganz banal die Zuckerkonzentration ans Gehirn ist, was die Nerven beruhigt und die Welt nach einer Mahlzeit besser aussehen lässt, ist möglicherweise auch von Mensch zu Mensch unterschiedlich. Was zählt, ist wohl, dass die Drogen des Alltags wirken. Um die verschiedenen Bedürfnisse, die fürs Essen sprechen, fassen zu können, gibt es mittlerweile verschiedene Begriffe wie beispielsweise Magen hunger, Augenhunger, Mund hunger oder Herz hunger. Forschungen über Essen, das schlechte Laune macht, scheinen bisher übrigens kaum fortgeschritten.

What does the Unicorn eat?

Dass sich queere, nicht heteronormativ lebende Menschen vegan ernähren, ist ein Stereotyp. Obwohl sich wohl nur ein Bruchteil jener, die sich mit einer der unzähligen Definitionen von queer und Queerfeminismus identifizieren, tatsächlich vegan ernährt, findet sich auf theoretischer Ebene durchaus ein Zusammenhang: Antispeziesismus, Veganismus und der Einsatz für Tierrechte beruhen – zum Teil – auf einer Kritik der Herrschaft von Menschen über Tiere und einer straffen Grenzziehung zwischen Mensch und Tier, die viele Gemeinsamkeiten und Grauzonen zwischen den beiden Gruppen unbeachtet lässt. Auch der Queerfeminismus setzt sich gegen Herrschaft und Binarität zur Wehr. So meinen manche Queers/Queerfeminist*innen, der Prozess der Emanzipation von Menschen aus Geschlechterhierarchien und anderen diskriminierenden Strukturen müsse letztlich auch mit der Befreiung der Tiere einhergehen.

Riot! Don't Diet

Mächtige Schönheitsideale und Körperrnormen beeinflussen unser Essverhalten und verderben so manch einer*in den Appetit. Die *Riot! Don't Diet*-Kampagne stellt einen Versuch dar, sich gegen (kapitalistischen) Körperkult und damit einhergehende Zwänge und Vorstellungen von adäquatem Gewicht und optimaler Kleidergröße zu wehren. Statt sich für die Normierung des eigenen Körpers abzustampeln, solle sich mensch dem Widerstand gegen sexistische gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen widmen, so die Idee. Was jedoch nicht vergessen werden darf: Auch Diäten sind stigmatisiert. Als cool gilt heute am ehesten noch, wer auf Diäten pfeift, genüsslich einen Burger verdrückt und dabei auch noch sexy aussieht. Weder der Imperativ „Don't diet!“ noch das Schweigen über den Druck, der vor allem – aber nicht nur – auf Frauenkörper ausgeübt wird, sind also der richtige Weg.

Zwangsernährung

Hungerstreik ist als eine Form des gewaltlosen politischen Protests bekannt. Der eigene Körper dient dabei oft als letztes Mittel des Widerstands, wenn andere Möglichkeiten des Ausdrucks nicht zugänglich sind. In Europa waren es in den letzten Jahren vor allem Flüchtlinge, die auf diese Protestform zurückgriffen – kollektiv, wie 2013 in der Wiener Votivkirche, oder einzeln, in Schubhaft und von Abschiebung bedroht. Österreichische Schubhaftgefängnisse lassen Inhaftierte mitunter wieder frei, wenn diese einen niedrigen Blutzuckerwert haben. Das veranlasst viele dazu, sich selbst in Gefahr zu bringen. Denn Hungerstreik kann nicht nur akut lebensgefährdend sein, sondern auch mit körperlichen Langzeitschäden einhergehen, besonders wenn er wiederholt angewandt wird. Die zynische politische Reaktion auf diese Umstände war in Österreich die Einführung des Paragraphen 78 des Fremdenpolizeigesetzes, der fortan Zwangsernährung von hungerstreikenden Schubhäftlingen erlaubte.

Welthunger

Heute leiden etwa 870 Millionen Menschen an Unterernährung. Anders gesagt: jeder achte Mensch. Frauen und Kinder sind am stärksten von Hunger betroffen. Dass der Grund für den Hunger keineswegs Ressourcenknappheit ist, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Soziale und vor allem politische Zusammenhänge verursachen die anhaltende Unterernährung einer großen Zahl von Menschen. Auch die Nahrungsmittelhilfe, die akut in Hungersnöten eingesetzt wird, trägt mitunter zur Aufrechterhaltung jener Strukturen, die den Hunger (mit-)begründen, bei: So zum Beispiel eine kalorienreiche, komprimierte Speise namens *PlumpyNut*, die aus nicht-regionalen Zutaten hergestellt und in Krisenregionen importiert wird, um kurzfristige Hilfe zu leisten. Dadurch werden jedoch unbeabsichtigt neue Abhängigkeiten geschaffen. In die Entwicklung und Patentierung von *PlumpyNut* wurden große Summen investiert, in den Ausbau der lokalen Landwirtschaft aber nicht. Nach wie vor wird über eine politische Lösung des Problems Welthunger selten gesprochen.



Foto: privat

Essen trägt die ganze Welt in sich

Geschlechterverhältnisse, Arbeitsorganisation, ja sogar Liebesgeschichten ließen sich anhand unseres Essens und der Art, wie wir darüber sprechen, rekonstruieren, sagt die Soziologin Eva Barlösius im Gespräch.

progress: Welchen Stellenwert hat Essen heute in unserer Gesellschaft?

Eva Barlösius: Inhaltlich hat sich der Stellenwert ein bisschen verschoben, aber die Bedeutsamkeit hat sich nicht im Geringsten reduziert. Essen ist eine Facette, in der sich alle gesellschaftlich wichtigen Prozesse reflektieren. Wenn Sie das Essen studieren, können Sie etwas über Geschlechterverhältnisse oder die soziale Position des Essenden lernen. Genauso kann man auch viel über die Prozesse der Globalisierung erfahren – also welche Lebensmittel zu uns kommen, wohin wir Lebensmittel exportieren oder wie sie verarbeitet werden. Das gibt auch Auskunft über die Familie oder darüber, wie Arbeit organisiert ist. Selbst wenn Sie die Geschichte einer Liebe erzählen möchten, eignet sich das Essens dazu. Essen ist für mich das Phänomen, das die ganze Welt in sich trägt.

Was sagt dann das, was wir essen, über uns aus?

Das Interessante ist, dass diese Frage suggeriert, dass das, was die Menschen tatsächlich essen, identisch mit dem sei, worüber sie sprechen, wenn es um Essen geht. Da muss man unterscheiden. Männer und Frauen etwa beschreiben sehr unterschiedlich, was sie gerne essen. Häufig leben sie aber zusammen oder in Familien – also kann das, was sie tatsächlich essen, gar nicht so verschieden sein. In der Art und Weise, wie wir über das Essen sprechen, es bewerten und uns gleichzeitig von bestimmten Formen distanzieren, spiegelt sich, als wer wir gesehen werden möchten. Wir drücken damit auch unsere wesentlichen moralischen und ethischen Grundsätze aus. Wenn man etwa großen Wert auf biologische Lebensmittel legt, ist darin implizit eine Kritik an den Globalisierungsprozessen enthalten.

Es unterscheiden sich aber auch die Geschmäcker – wodurch ist das geprägt?

Eigentlich ist es umgekehrt: Mit dem Geschmack rechtfertigen wir, was wir essen und was nicht. Es macht einen Unterschied, ob ich sage, ich esse gerne Vollmilchschokolade oder lieber bittere Schokolade mit hohem Kakaoanteil. Es kann heißen, dass mir das Eine nicht schmeckt und ich Bitterschokolade lieber mag. Aber diese Formen von Schokolade sind ja gleichzeitig mit dem Geschmack bestimmter gesellschaftlicher Gruppen konnotiert. Und diese sozialen Geschmäcker existieren nicht nebeneinander, sondern repräsentieren eine Geschmackshierarchie.

Entlang welcher Linien verlaufen diese Hierarchien?

Das läuft immer entlang der zentralen Linien, mittels welcher eine Gesellschaft soziale und kulturelle Unterschiede herstellt. Entlang des Geschlechts, der sozialen Klasse, entlang von Regionalität und Herkunft und so weiter. Parallel dazu gibt es unterschiedliche Geschmacksmuster.

Aktuell verzichten immer mehr Menschen auf Fleisch. Worin hat diese Ernährungsweise ihren Ursprung?

Dieser Ursprung liegt sehr weit zurück. Schon die Pythagoreer haben in der Antike auf Fleisch verzichtet. Das war ein Weg zu symbolisieren, dass man mit den herrschenden Verhältnissen nicht einverstanden war, weil sich diese damals über das Tieropfer reproduziert haben. Freiwillig auf etwas zu verzichten, das mit besonderer gesellschaftlicher Wertschätzung verbunden war, war eine Form des Protests. Bereits im 19. Jahrhundert gab es eine vegetarische Bewegung, die aus den neuen bürgerlichen Schichten entstanden ist. Sie wollte sich einerseits

vom etablierten Bürgertum abgrenzen und andererseits von den Proletariern, die sich kein Fleisch leisten konnten. Die sozial aufsteigenden bürgerlichen Schichten begründeten einen Lebensstil, der sich als ethisch besonders verantwortungsvoll präsentierte. Etwas Ähnliches passiert auch heute: Bestimmte Gruppen fangen an, auf Fleisch zu verzichten, weil sie dadurch zeigen können, dass sie Menschen mit einem besonderen ethisch-moralischen Bewusstsein sind.

Einerseits wollen sich die Menschen also abgrenzen, andererseits werden diese Trends aber massiv vom Markt aufgegriffen.

Das macht unsere heutige Gesellschaft aus. Sobald diese Trends erkennbar sind, werden sie von der Industrie aufgegriffen und unmittelbar vermarktet – obwohl sie eigentlich immer auch Kritik an der ökonomischen Verfasstheit der Lebensmittelproduktion sind. Das ist der Unterschied zu den Bewegungen des 19. Jahrhunderts: Damals versuchte man, spezifische Einrichtungen, etwa Reformhäuser, zu gründen, ist damit aber oftmals ökonomisch gescheitert. Das ist heute selten der Fall. Man ist bei jeglicher Form der Kritik nicht mehr davor geschützt, dass sie am nächsten Tag vermarktet wird.

Kann diese Vermarktung dazu beitragen, einen bestimmten Lebensstil zu verankern?

Der Eiermarkt in Deutschland ist hierfür ein gutes Beispiel: Hier setzen sich Produkte, die als „bio“ klassifiziert sind oder ein Tierschutz-Gütesiegel tragen, immer mehr als Selbstverständlichkeit durch. Das ist also auch ein Mechanismus, über den man breite gesellschaftliche Veränderungen langsam in Gang setzen kann.

Heutzutage ist es in, einen bewussten Lebensstil zu pflegen und Sport zu treiben. Steht das auch mit der modernen Arbeitswelt in Zusammenhang? Das ist geradezu ein und dasselbe. Die Bereitschaft, Sport zu machen und sich gesund zu ernähren, fungiert als Beweis für Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortlichkeit in der Arbeitswelt. Ich habe ein Forschungsprojekt mit dickeren Jugendlichen gemacht und denen war es ein wichtiges Anliegen zu unterstreichen, dass sie zwar anders aussehen, aber trotzdem eine hohe Leistungsbereitschaft haben. Der Körper ist heutzutage die „Marke“, die ich zu produzieren habe, „meine Visitenkarte“, mit der ich zeige, dass ich ein hohes Maß an Selbstdisziplin, Eigenverantwortlichkeit und Leistungsbereitschaft mitbringe.

Es existiert also immer ein Zusammenspiel zwischen der Arbeitswelt und dem Essverhalten?

Das ist das Interessante: Je weniger der Körper als Instrument der Arbeit dient, umso mehr wird er zum Symbol der Arbeitsbereitschaft. Dagegen lässt sich allerdings wenig unternehmen, denn darin spiegelt sich die gesellschaftlich anerkannte Leistungsideologie.

Eva Barlösius ist Soziologin und lehrt derzeit als Professorin an der Leibniz Universität Hannover. Seit Beginn ihrer wissenschaftlichen Karriere befasst sie sich mit dem Thema Essen. Von ihr erschien unter anderem Das Buch „Die Soziologie des Essens. Eine sozial- und kulturwissenschaftliche Einführung in die Ernährungsforschung“.

Das Interview führte Theresa Aigner.

STUDENTENFUTTER

Für viele Studierende bietet das Mensaessen guten Grund sich zu mokieren. Dass leistbares Essen für Studierende wieder in den Bereich der Utopie abzudriften droht, zeigt sich an der zunehmenden Ökonomisierung der Mensen.

Das Konzept der Mensen, die leistbares Essen für alle anbieten sollen, hat sich an Europas Universitäten durchgesetzt. Die Idee ist gut: günstig essen in Gesellschaft anderer Studierender direkt an der Universität. Dass diese schöne Idee aber nicht immer der Praxis entspricht, wissen Studierende aus Erfahrung. Schmutziges Besteck, Essen, das immer nach Suppenwürfel schmeckt, egal was man auf dem Teller vor sich wiederfindet, und ein sich ständig wiederholender Speiseplan kommen in vielen Mensen vor. Darüber freuen sich zwar die studentischen Geschmacksknospen nicht, aber für Unterhaltung kann das Mensaessen schon einmal sorgen: Es wird evaluiert, ob das graue Letscho oder das vermeintliche Putenschnitzel den Contest der graulichsten Speise gewinnt, spekuliert, was überhaupt der unbestimmbare grüne Quader sein soll, der aufgetischt wird, und geraten, in wie vielen Gerichten die Nudeln zuvor schon zu finden waren. Ein denkbar schlechtes Zeugnis. So gesehen, bleibt als positiver Aspekt wohl nur die Stärkung der Gemeinschaft übrig. In einer Zeit, in der es für viele Studierende finanziell düster aussieht, ist die Idee vom billigen Essen auf der Uni dennoch aktueller denn je. Studierende sind oft an das Essensangebot an der Hochschule gebunden, auch weil ihr stressiger Studienalltag nicht immer zulässt, Angebote außerhalb des Universitätsgebäudes zu nutzen.

EINMAL MENÜ 1 BITTE. So geht es auch Lisa. Die 22-Jährige studiert Pharmazie an der Universität Innsbruck und geht regelmäßig in die Mensa im *Café 80/82*. Was sie dort

mit einer Studierendenermäßigung zu einem Preis von 3,60 Euro zu essen kaufen kann, findet sie verhältnismäßig gut. Obwohl meist einfache Gerichte wie Wokgemüse, Nudeln, Ofenkartoffeln oder Salate angeboten werden und die Qualität des Essens von Woche zu Woche schwankt, isst sie oft dort: „Neben einem Weckerl aus dem Supermarkt ist die Mensa häufig die einzige Chance auf ein Mittagessen.“ Besonders Studienrichtungen mit hoher Anwesenheitspflicht lassen es oft nicht zu, dass man gerade mittags etwas Warmes essen kann. Lange Laboreinheiten und dichte Stundenpläne schränken die Zeiten ein, in denen man sich in Ruhe dem Kochen und Essen widmen kann.

Das *Café 80/82*, in dem Lisa isst, ist einer von vielen Standorten der *Österreichischen Mensen Betriebsges.m.b.H.* Die anspruchsvolle Aufgabe der Ernährung von Studierenden in Österreich lag bis vor kurzem zum größten Teil in ihrer Hand. Die *Österreichische Mensen Betriebsgesellschaft* ist an Unis in allen Landeshauptstädten sowie an der Donau-Universität Krems, der Montanuniversität Leoben und der FH Joanneum in Kapfenberg vertreten. Der Betrieb ist Eigentum des Bundes, zuständig ist das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Gegründet wurde er mit dem Ziel, Studierenden günstiges Essen zu ermöglichen, dafür bekommt die *Mensen Betriebsges.m.b.H.* die Räumlichkeiten an den Unis gratis oder kostengünstig zur Verfügung gestellt. Seit zwei, drei Jahren können sich aber auch private Firmen für diese Aufträge bewerben, was zur Folge hat, dass Betriebs- und Pachtkosten steigen.

Die *Mensen Betriebsgesellschaft*, die nicht gewinnorientiert arbeitet, muss deshalb vermehrt aus zusätzlichen Quellen, wie Catering, Geld lukrieren, um die Mensen finanzieren zu können.

Der Geschäftsführer der *Mensen Betriebsges.m.b.H.*, Gerhart Stadlbauer, ist sich der Änderung der Spielregeln bewusst. „Wir haben kein Monopol mehr, sondern stehen in einem Wettbewerb mit anderen Betrieben. Das ist gut so. Aber wir müssen unser Verhalten verändern.“ Um sich Ideen zu holen, besucht er auch die Konkurrenz, zum Beispiel die Mensa am neuen Campus der WU Wien. Diese wird von der Cateringfirma *Eurest*, die sonst hauptsächlich Betriebskantinen wie jene von *Siemens* bewirtschaftet, betrieben. Die *Mensen Betriebsges.m.b.H.*, die die Mensa am alten WU-Gelände geführt hatte, wurde bei der Neuausschreibung von *Eurest* überboten und verlor den Standort. Dass *Eurest* sich angesichts der hohen Investitions- und Pachtkosten halten könne, bezweifelt Stadlbauer. Trotzdem zeigt sich daran exemplarisch, dass die *Mensen Betriebsgesellschaft* zunehmend in Bedrängnis gerät, auch finanziell. Noch können Studierende Menüs um circa fünf Euro erwerben und Wassertrinken ist bis jetzt noch gratis, was in der Gastronomie, die von den Einnahmen aus Getränken lebt, keine Selbstverständlichkeit ist. Ob das angesichts der geänderten Rahmenbedingungen so bleiben kann, ist fraglich.

ESSFERTIG IN 8 MIN. Viele Studierende weichen der Mensa jetzt schon aus und nehmen den Kochlöffel selbst in die Hand, auch weil ihnen das Mensamenü zu teuer und zu minderwertig

ist. Selbst, wenn es eine zusätzliche Ermäßigung von 80 Cent mit dem Mensapickerl der ÖH gibt.

Sarah Lea studiert seit sechs Semestern Humanmedizin an der Medizinischen Universität in Innsbruck, in der Mensa war sie jedoch noch nie. Sie kennt den stressigen Studienalltag, trotzdem bemüht sie sich, ihr Essen selber zu kochen. Das oft überdurchschnittlich hohe Fleischangebot an der Mensa kommt ihr als Vegetarierin nicht entgegen. „Bei mir gibt es fast jeden Tag Gemüse. Mal mit Kartoffeln, mal mit Reis. Natürlich gibt es auch mal Nudeln, wenn es schnell gehen muss.“ Auf Fertiggerichte möchte sie aber nicht zurückgreifen. Was bedeutet, dass sie oft erst am Abend den Seziertisch gegen den Herd eintauscht, um sich zumindest eine warme Mahlzeit am Tag zu kochen. In besonders intensiven Lernphasen kocht sie dann auch gern einmal vor.

Untertags machen viele andere Studierende gerne mal einen Abstecher in den nächsten Supermarkt. Das Weckerl aus der Feinkostabteilung stellt eine wesentliche Ernährungsgrundlage für viele Studierende dar. Wenn es aber etwas Warmes sein soll, weichen viele auf Gastronomiebetriebe in der Umgebung ihrer Universität aus.

BITTE DIE RECHNUNG. Die 21-jährige Katrin, Lehramtsstudentin an der Karl-Franzens-Universität in Graz, war von ihrem einmaligen Besuch in der Mensa am Sonnenfelsplatz nicht enttäuscht, zieht aber die *Bierbaron-Kette*, mit ihren fünf Betrieben in der näheren Umgebung der KFU und der TU, vor. „Ich bin ein Riesenfan der



Illustration: Christina Uhl

„Bausatzmampferei“: superlecker und supergünstig.“ „Bausätze“ werden in diesen Lokalen Basisprodukte, wie Ofenkartoffeln, Pizza oder Toast, die individuell mit zusätzlichen Zutaten bestellt werden, genannt. Die gibt es zum Preis von drei bis sieben Euro von elf Uhr vormittags bis ein Uhr nachts. Die Kombination aus niedrigen Preisen, großen Portionen, langen Küchenzeiten, günstigen Standorten und breiter Auswahl macht Betriebe wie den *Bierbaron* für Studierende attraktiv. Die Geschäftskonzepte sind rein auf Studierende ausgerichtet und werfen soviel ab, dass solche Betriebe häufig expandieren und nachgeahmt werden.

Diese Beliebtheit kann man sich auch mit Stadlbauers Beobachtung erklären, dass Studierende zunehmend darauf Wert legen, dass ihr Essen individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Daran soll sich auch die *Mensen Betriebsges.m.b.H.* zukünftig orientieren. „Im Vergleich zu früher fordern die Studierenden mehr Kreativität in der Essenszubereitung und wollen

keine Kelle von irgendwas, das satt macht, mehr. Immer öfter wird gesundes, veganes, vegetarisches und frisch gekochtes Essen gewünscht.“ Auch die Mensen gehen deshalb zunehmend weg von der klassischen Großküchenmensa und entwickeln sich eher in Richtung Normalgastronomie. Bis jetzt ist das Vakuum, das die *Mensen Betriebsgesellschaft* hinterlässt, eben vor allem für diese Normalgastronomie lukrativ.

HEUTE: CURRY MIT TOFU! Auch auf Studierende ausgerichtet, aber dennoch ganz anders macht es das selbstverwaltete Studierendenkollektiv im *Tüwi* neben der Universität für Bodenkultur. Das *Tüwi* ist für viele Studierende eine willkommene Alternative zu der dortigen Mensa, unter BOKU-Student_innen bekannt als die „Baracken“. Das Essen dort soll laut Michi, Student und Koch im *Tüwi*, katastrophal sein, weshalb mittlerweile durchschnittlich 80 Portionen Essen pro Tag im *Tüwi* verkauft werden. Er und andere haben vor ein paar Jahren angefangen, vegetarisches und

veganes Essen zu kochen, um es zu einem niedrigen Preis zu verkaufen. Michi hält die Auseinandersetzung mit dem eigenen Konsumverhalten für besonders wichtig: „Wo wird gespart? Beim Essen. Aber Hauptsache ein cooles Leiberl anhaben.“ Besonders, was den Fleischkonsum betrifft, würde er sich ein Umdenken bei den Studierenden wünschen: Die Nachfrage nach Fleischgerichten sei noch immer sehr hoch. Dass qualitativ hochwertiges Essen leistbar bleibt, ist ein Grundanliegen des *Tüwi*-Kollektivs. Es trifft damit den Nerv der Zeit. Vielen Studierenden fehlt nicht der Wille, sich gut, gesund und nachhaltig zu ernähren; das Problem sind vielmehr finanzielle und zeitliche Barrieren.

BESTPREIS: CLEVER LEBERAUFSTRICH UM 0,65 €. Laut Studierenden-Sozialerhebung von 2012 steigt die Erwerbstätigkeit, während jedoch das Budget der Studierenden real sinkt. Die Kürzungen der Familien- und der Studienbeihilfe, steigende Lebensmittel- und Mietpreise sowie die zunehmende Berufstätigkeit von

Studierenden verlangen auch nach einer Reflexion darüber, wie und zu welchem Preis sich Studierende ernähren.

Was Studierende tatsächlich essen und wie es in Folge um ihre Gesundheit bestellt ist, liegt bisher aber völlig im Dunkeln, denn es fehlt an Daten. Der vierte österreichische Ernährungsbericht (OEB) wurde 2012 veröffentlicht und dokumentiert und analysiert das Ernährungsverhalten und die Konsumgewohnheiten der Österreicher_innen. Über die spezifische Situation von Studierenden und ihre Essgewohnheiten erfährt man im Bericht allerdings nichts: Alle 18- bis 65-Jährigen werden dort, ungeachtet ihrer völlig unterschiedlichen Lebensrealitäten, in einen Topf geworfen. Dass es gerade unter den Erwachsenen eklatante Unterschiede, vor allem auch finanzieller Art gibt, wird dabei übersehen.

Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Universität Wien.



Ein Leben (fast) ohne Supermarkt

Auf der Suche nach nachhaltigen und regionalen Lebensmitteln schließen sich immer mehr Menschen zu Foodcoops zusammen. *progress* hat sich angesehen, wie ein Leben fast ohne Supermarkt funktionieren kann.

Dienstagabend in einem Kellergeschoss im 15. Wiener Gemeindebezirk. In den Räumen des *Perpetuu-Mobile2.3* stapeln sich Kisten mit Gemüse, Getreide, Nudeln und Sojaprodukten. Dazwischen wuseln Menschen umher, vergleichen den Inhalt der Kisten mit Listen und wiegen Erdäpfel, Frühlingszwiebeln, Salat, Rüben und Pastinaken ab. Es ist Abholtag in der *vegan food coop*, einer von über 20 Foodcoops in Österreich. Gerade ist eine Lieferung eingetroffen, frisch vom Bauernhof.

„Ich hatte sehr lange Zeit eine Biokiste, aber ich wollte dann noch einen Schritt weiter gehen. Ich wollte wissen, wo mein Essen herkommt“, erzählt Christina. Sie studiert an der BOKU und ist seit anderthalb Jahren Mitglied der *vegan food coop*. Der Kontakt zu Produzent_innen ist ihr besonders wichtig: „Ich kann hier wirklich sehen und nachprüfen, wie meine Lebensmittel angebaut werden. Wir organisieren öfters Reisen zu Bauernhöfen und können uns anschauen, wie die wirtschaften.“

GENOSSENSCHAFTLICH ORGANISIERT.

Foodcoops oder Lebensmittelkooperativen sind keine neue Erfindung. Schon im 19. Jahrhundert wurde in Großbritannien die erste Konsumgemeinschaft gegründet. Im Kontext der beginnenden Industria-

lisierung schlossen sich Arbeiter_innen zusammen, um der Abhängigkeit von Händler_innen, denen oft Betrug und der Verkauf minderwertiger Ware vorgeworfen wurden, zu entfliehen und organisierten den Einkauf ihrer Lebensmittel gemeinsam. Eine Foodcoop funktioniert im Prinzip genauso: Gemeinsam wird entschieden, was und wo eingekauft wird. Auch heute ist die Motivation vor allem das fehlende Vertrauen in die vorhandenen Strukturen wie Supermärkte oder Diskonter. „Für manche Dinge gehe ich schon noch in den Supermarkt, nicht alles kann ich über die Foodcoop besorgen. Aber immer öfters verlasse ich in den Supermarkt, ohne etwas gekauft zu haben, weil ich alles, was mir interessant erscheint, auch in der Foodcoop bekomme“, sagt Christina.

Nicht weit entfernt vom *PerpetuuMobile2.3*, das sich die *vegan food coop* mit einer Siebdruckerei und diversen anderen linken Projekten teilt, hat eine der ältesten Foodcoops Wiens ihr Lokal. In den hellen Räumlichkeiten von *D'Speis* riecht es wie im Bioladen, neben Gemüse stehen hier auch Wein, Bier, Öl und Essig in den Regalen. Lange Bestelllisten hängen an der Wand, in verschiedenen Kühlschränken warten Milchprodukte, Tofu und Fleisch darauf, abgeholt zu werden. Samuel, der seit fast

zwei Jahren bei *D'Speis* aktiv ist, hat auch davor schon Bio-Lebensmittel gekauft und ist dumpstern gegangen. „Für mich gab es mehrere Gründe, einer Foodcoop beizutreten: Einerseits natürlich die Qualität und der Preis der Lebensmittel. Andererseits ist eine Foodcoop auch ein politisches Statement. Wir sind nicht von Supermärkten oder Großhändler_innen abhängig, sondern bestimmen selbst, was wir wann einkaufen und unterstützen damit Kleinbäuer_innen.“ Dazu kommt für Samuel noch die soziale Komponente. Er grinst und erzählt: „Wenn ich mein Zeug in der *Speis* abhole, muss ich dafür immer mindestens eine Stunde einrechnen. Nicht, weil das Abholen so lange dauert, sondern weil ich hier Menschen treffe und mit ihnen plaudere.“ Dabei schätzt der Student es sehr, aus seinem gewohnten Umfeld herauszukommen und sich auch mal mit älteren Menschen auszutauschen.

UNREGELMÄSSIGE REGELMÄSSIGKEIT. In der *vegan food coop* wird es derweil ruhiger, der große Andrang ist vorbei. Jede Woche ist eine andere Person dafür zuständig, das Lokal aufzusperren, damit alle Mitglieder der Foodcoop ihre bestellten Lebensmittel abholen können. „In unregelmäßiger Regelmäßigkeit kann sich jede_r online für diesen Dienst eintragen“, erklärt Christina. Alle Aufgaben



Fotos: Johanna Rauch

in der Foodcoop werden abwechselnd übernommen: Die Bestellungen werden online gesammelt und an die Produzent_innen übermittelt, neue Produzent_innen oder Produkte, die für die Foodcoop interessant sein könnten, werden gesucht und der Kontakt mit den Produzent_innen muss aufrecht erhalten werden. „Wir nennen das Produzent_innenrelationshipmanagement“, erklärt die Studentin. Bei welchen Bäuer_innen bestellt wird, entscheidet die Foodcoop basisdemokratisch im Plenum. Dort werden auch für eine rein vegane Gruppe heikle Diskussionen geführt. Etwa, ob sich Produkte wie Honig mit den Prinzipien der Foodcoop vereinen lassen. Diese Selbstbestimmung kostet Zeit und Engagement. Christina wird nachdenklich, als sie erklärt, dass Foodcoops nicht für jede_n das Richtige seien: „In den Supermarkt zu gehen, ist bequem, in der Foodcoop musst du die Arbeit der Kassiererin selbst übernehmen und den Preis deiner Bestellung auf einem Kontoblatt ausrechnen. Wer in einer Foodcoop einkaufen will, muss bereit sein, Aufgaben zu übernehmen.“

BASISDEMOKRATIE FÜR ANFÄNGER_INNEN.

Bei *D'Speis*, die ungefähr 70 Mitglieder zählt, überlegt man sich, wie damit umgegangen werden kann, wenn nicht alle, die von der Foodcoop profitieren, auch Aufgaben übernehmen: „Grundsätzlich ist unser Motto, dass sich alle entsprechend ihrer Fähigkeiten einbringen sollen, aber leider gibt es schon aktivere und weniger aktive Leute. Für Neulinge wollen wir ein Buddy-System einführen, damit sie anfangs von erfahrenen Mitgliedern lernen, wie die einzelnen Arbeitsschritte in der Foodcoop erledigt werden“, erzählt Samuel. Die Foodcoop versucht auch, gezielt Menschen aus der Nachbarschaft anzusprechen und einzubinden. So beteiligen sich neben Studierenden auch einige ältere Menschen, vor allem Frauen – trotz Hürden, wie Samuel berichtet: „Das ist schwierig, weil unsere Organisationsform auf den ersten Blick chaotisch wirkt. Viele erleben bei uns zum ersten Mal ein basisdemokratisches Plenum und müssen sich erst mit dieser Art der Entscheidungsfindung anfreunden.“ Das monatliche Plenum von *D'Speis* läuft aber gut, auch wenn es schon mal voll werden oder lange dauern kann. Große ideologische Fragen werden auf Klausuren

geklärt und verschiedene Arbeitskreise entlasten das Plenum bei alltäglichen Arbeiten.

Beim *Salzkörndl* gibt es noch keine Probleme mit untätigen Mitgliedern. Die Foodcoop hat sich im letzten Sommer in Salzburg gegründet und besteht derzeit aus 35 bis 40 Leuten, vor allem Studierenden. Luisa ist eine von ihnen, sie kannte das Prinzip der Foodcoops von Freund_innen aus Berlin. „Aus meinem erweiterten Freundeskreis erfuhr ich, dass geplant war, in Salzburg eine Foodcoop zu gründen. Ich war also von Anfang an dabei. Die Gründung war ein langer Prozess, schon die Namensfindung war nicht so leicht, und dann mussten wir auch noch ein Lokal finden.“ Die junge Foodcoop trifft sich alle zwei Wochen und versucht gemeinsam, neue Lieferant_innen zu finden, um das Produktsortiment zu erweitern. Dieses besteht derzeit aus Gemüse, Eiern, Milchprodukten, Brot, Getreide und Hülsenfrüchten, die alle regional und biologisch angebaut werden. „Nicht alle Produzent_innen haben das Bio-Siegel, auch wenn sie nach diesen Kriterien anbauen. Wir schauen uns die Betriebe genau an und wenn wir ihnen vertrauen, müssen die Lebensmittel nicht zertifiziert sein. Persönlicher Kontakt ist dafür natürlich eine Voraussetzung“, erzählt Luisa. Neben den regionalen Produkten gibt es bei *Salzkörndl* auch Fairtrade-Kaffee und Selbstgemachtes: „Jede Woche macht eine andere Person von uns einen Aufstrich, der dann gegen freie Spende mitgenommen werden kann. Manchmal organisieren wir auch Brotback-Workshops.“

Wenn Samuel und Christina von den nicht-regionalen Lebensmitteln erzählen, die die Wiener Foodcoops gemeinsam bestellen, klingen sie beinahe so, als hätten sie ein schlechtes Gewissen. Neben Kaffee von linken Genossenschaften aus Südamerika gibt es Zitrusfrüchte und Avocados aus Italien. „Unsere Lebensmittel sind regional, mit Ausnahmen, wo es nicht anders geht. Zusätzlich versuchen wir, unsere Sachen möglichst unverpackt oder mit Pfandsystemen zu bekommen“, erklärt Samuel die Kriterien von *D'Speis*. Neben den Avocados und Zitronen bestellen die gut vernetzten Wiener Foodcoops auch andere Lebensmittel gemeinsam, zum Beispiel Nudeln, Hülsenfrüchte oder Getreide. Um Letzteres

selbst weiterverarbeiten zu können, besitzt *D'Speis* eine Getreidemühle und eine Haferflockenpresse, die von allen Mitgliedern der Lebensmittelkooperative benutzt werden kann. Eine kooperativenübergreifende Brotbackgruppe bäckt mit dem selbst gemahlene Mehl. „Es gibt auch eine Tofugruppe, die für alle Wiener Foodcoops Tofu produziert“, erzählt Samuel begeistert und beginnt zu träumen: „In Zukunft wäre es toll, auch eigene Felder oder Gärten in der Umgebung zu haben und Foodcoops mit der Ernte zu beliefern.“ So könnte nach und nach eine kleine Wirtschaft nach den Vorstellungen der Lebensmittelkooperativen entstehen: solidarisch, regional, nachhaltig und selbstverwaltet.

GRENZEN DES WACHSTUMS. Eine andere alternative Form der Lebensmittelbeschaffung ist Community Supported Agriculture (CSA), das wie eine Art Crowdfunding für Landwirt_innen funktioniert: Bereits vor dem Anbau wird gemeinsam entschieden, was angebaut wird. Durch zugesicherte Abnahmemengen können die Bäuer_innen besser planen und sind finanziell abgesichert. „Foodcoops und CSA gehen Hand in Hand“, erklärt Christina: „Die *vegan food coop* ist auch eine Abholstelle für einen CSA-Hof. Die Foodcoop selbst hat aber keine Anteile und kein Mitbestimmungsrecht.“

Foodcoops werden zunehmend zu einer Konkurrenz für (Bio-)Supermärkte, denn viele von ihnen wachsen stetig. Auch das *Salzkörndl* will größer werden: „In Zukunft wollen wir bis zu 60 Mitglieder haben. Alles darüber ist zu groß“, so Luisa. Bei *D'Speis* hat man diese Erfahrung schon gemacht. Samuel berichtet von einer freundschaftlichen Abspaltung: „Als wir zu viele wurden, haben einige von uns eine neue Foodcoop gegründet. Sie konnten dabei von unseren Erfahrungen profitieren. Das ist das Ziel: viele kleine Foodcoops, in jedem Grätzl eine!“

Joël Adami studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur Wien.

Webtipp – Verzeichnis aller österreichischen Foodcoops: foodcoops.at

INTEGRATION, DIE DURCH DEN MAGEN GEHT

Am 17. Februar wurde am Meidlinger Markt in Wien ein neues Lokal eröffnet: Purple Eat wird von einem Verein zur Unterstützung ehemaliger AsylwerberInnen betrieben. Serviert werden Speisen aus den Herkunftsländern der MigrantInnen. Ein Lokalausgang.

Zwei alte Männer sitzen vor einem Marktstand und rauchen. Hin und wieder wechseln sie ein Wort miteinander. Von fern trägt der Wind die Klänge eines Lieds herbei, das im Radio gespielt wird. Der Geruch von Essen erfüllt die Luft, und immer wieder ist das Klappern und Klirren von Geschirr zu hören. Die Zeit scheint träge zu vergehen an diesem sonnigen Nachmittag am Meidlinger Markt. Vor einem der Stände steht eine Tafel, die in knallrosa Lettern die Tagesspeise verkündet: „Krautrouladen (vegetarisch oder mit Bio-Rind)“. Die Fassade des dazugehörigen Lokals ist violett – passend zu seinem Namen: *Purple Eat*. Aber nicht nur die Farbe des Standes hebt ihn von seiner Umgebung ab. Hinter *Purple Eat* steht ein besonderes Konzept.

Das Lokal wird von *Purple Sheep* betrieben, einem Verein zur Unterstützung ehemaliger AsylwerberInnen, deren Asylantrag abgelehnt worden ist. „Die Leute kommen alle ganz kurz vor der Abschiebung zu uns“, erklärt Kurosch Allahyari, Obmann von *Purple Sheep*. Es sind Menschen, die schon seit Jahren in Österreich leben, deren Kinder hier zur Schule gehen und FreundInnen hier haben. „Wenn der Staat so lange braucht, um ein Asylverfahren zu entscheiden, und die Leute gut integriert sind, dann sollten sie hier bleiben dürfen“, sagt Allahyari. In der Regel ist das aber nicht der Fall. Deshalb bringt *Purple Sheep* Menschen in dieser Situation im *Freunde Schützen Haus* unter und kämpft mit ihnen gemeinsam darum, eine Niederlassungsbewilligung zu erwirken.

ALLE HELFEN, WO SIE KÖNNEN. Zudem betreiben die ehemaligen AsylwerberInnen gemeinsam mit den MitarbeiterInnen von *Purple Sheep* nun eben auch ein Lokal. Frau Recepti arbeitet in der Küche mit. Sie wohnt seit zwei Jahren im *Freunde Schützen Haus*, zusammen mit ihrem Mann und ihren beiden Kindern. Vor sieben



Foto: Christopher Glatzel

Jahren ist sie aus Mazedonien nach Österreich gekommen. Sie hat in St. Pölten gelebt, bis ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Der Verein versucht die Abschiebung zu bekämpfen. „Wir nehmen die Personen ins Haus auf und lassen den Fall über das Innenministerium noch einmal überprüfen“, sagt Kurosch Allahyari. Dennoch dauert es meist zweieinhalb Jahre, bis die Leute Bleiberecht erhalten. „Aber es hat bisher noch keine Abschiebung bei uns gegeben. Alle Fälle, die wir aufgenommen haben, sind auch durchgegangen.“ Bei Frau Recepti ist das bisher noch nicht gelungen. Sie kocht seit der Eröffnung von *Purple Eat* im Stand. „Sonntags koche ich nicht, und dann freue ich mich immer schon auf Montag. Ich liebe die Arbeit“, erzählt sie lachend. Auch ihr Mann hilft bei *Purple Eat* mit. „Alle, die können, sind eingeteilt“, sagt Kurosch Allahyari.

Die Idee für das Lokal entstand durch Feste im *Freunde Schützen Haus*, bei denen die Gäste von der internationalen Kost begeistert waren. Daraufhin hat der Verein begonnen Catering anzubieten, und schließlich wurde der Stand am Meidlinger Markt eröffnet. „Wir werden von der Umgebung und den Menschen am Markt sehr freundlich aufgenommen. Alle helfen, wo sie können“, berichtet Kurosch Allahyari erfreut.

Finanziert wird *Purple Eat* unter anderem durch Spenden. Der Stand wird von Bauträger Hans Jörg Ulreich, der auch das *Freunde Schützen Haus* mitbegründet hat, zur Verfügung gestellt und auch bei den Nahrungsmitteln wird der Verein unterstützt. „Anders könnten wir das nicht machen und auch den Preis nicht halten. Wir haben vor allem bei den Fleisch- und Milchprodukten nur Bioprodukte und bei den Weinen auch“, erklärt Kurosch Allahyari. „Das Weingut Heinrich stellt uns alles kostenlos zur Verfügung, unser Fleisch bekommen wir gratis von *Bioviertel*. Genauso verhält es sich mit dem Kaffee von *Grandoro*.“ Insgesamt hat *Purple Eat* dadurch relativ geringe Ausgaben. Nur auf diese Weise kann das Lokal ein Menü um sieben Euro anbieten.

INTEGRATION EINMAL ANDERS.

Und tatsächlich scheint das Konzept gut zu funktionieren. Der Stand ist liebevoll gestaltet. In den Fenstern stehen Kräuter, vom Dach baumelt die Figur eines Raben im Wind. Vor dem Lokal sind mehrere hellgrüne und weiße Tische verteilt, manche durch bunte Blumentöpfe verziert. Momentan ist nicht viel los, nur drei der Tische sind besetzt, doch zur Mittagszeit ist das anders. „Die Leute warten, bis ein Tisch frei wird oder setzen sich zu anderen dazu“, erzählt Kurosch Allahyari stolz. Das Essen kommt bei den Gästen sehr gut an.

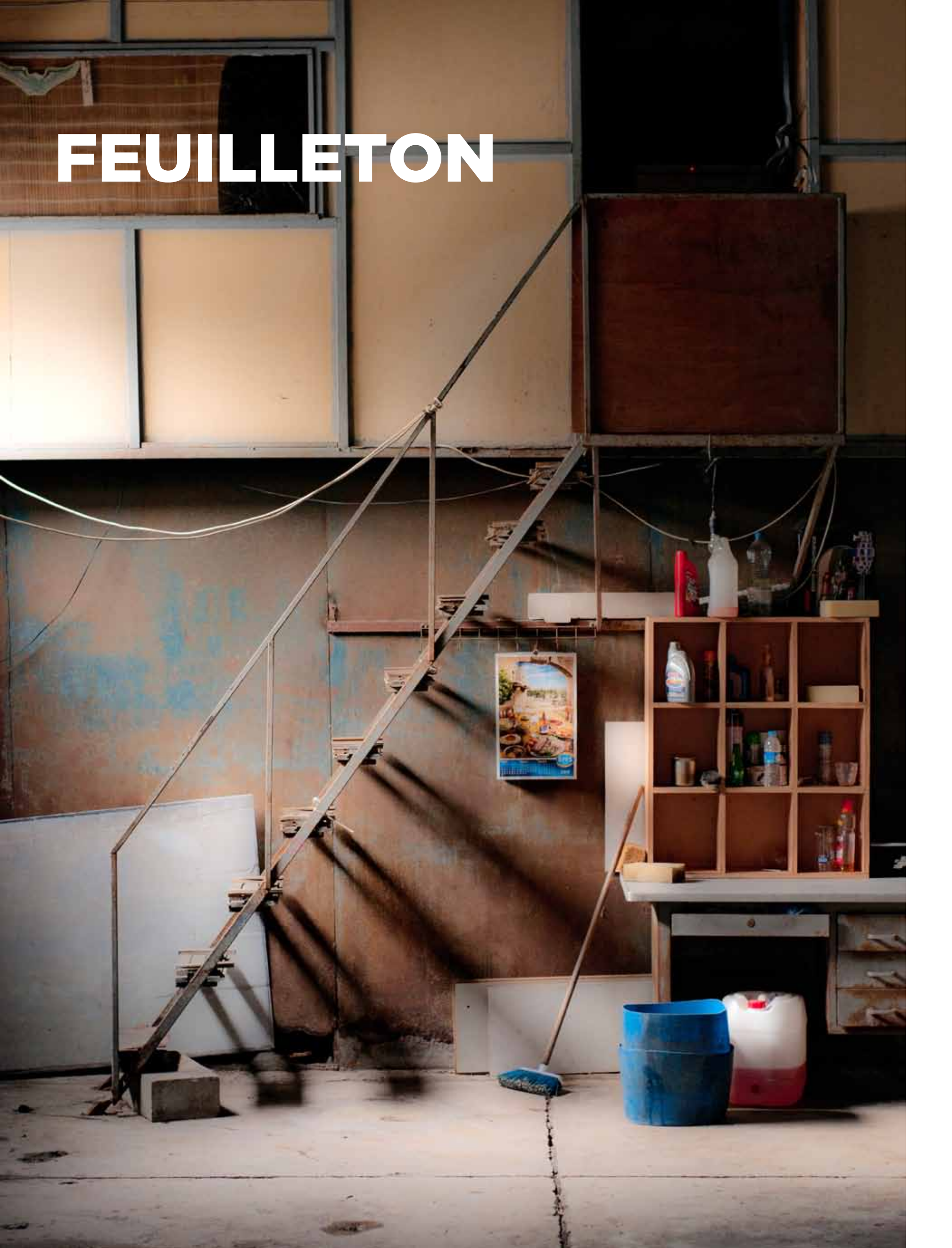
Heute gibt es mazedonische Krautrouladen und Blattsalat. Als Vorspeise werden Linsen mit Schafskäse und dazu Gebäck serviert, und als Dessert gibt es Blätterteigtaschen mit Cremefüllung. Frau Recepti hat die Krautrouladen auch in ihrem Herkunftsland gekocht. Dabei wird Weißkraut mit Bio-Rindfleisch (optional), Champignons, Zwiebeln und Reis gefüllt, gekocht und mit schwarzem Pfeffer gewürzt. Dazu kommen Dille und Tomatensauce sowie Kartoffeln.

Besonders ist das Essen, das bei *Purple Eat* serviert wird, vor allem auch, weil es auf traditionelle Weise zubereitet wird. „Wir sagen den Leuten, die kochen, dass sie nicht versuchen sollen, die Rezepte in irgendeiner Weise an den österreichischen Geschmack anzupassen“, erklärt Kurosch Allahyari. Es werden bunt gemischt Speisen aus verschiedenen Ländern präsentiert, immer eine vegetarische Version und eine mit Fleisch. Das Ziel sei, ÖsterreicherInnen an andere Kulturen heranzuführen und gleichzeitig einen Ort zu schaffen, an dem die ehemaligen AsylwerberInnen mit den hier Ansässigen in Kontakt treten können. „Wir wollen Integration von einer anderen Richtung aufziehen. Es soll nicht darum gehen, dass die Ausländer endlich Deutsch lernen, sich integrieren und Leistungen erbringen. Sie sollen das tun können, was sie möchten.“

Frau Receptis Kinder spielen vor dem Lokal. Ihr Lachen wird nur durch den Wind unterbrochen, der hin und wieder die Tür des Stands mit einem lauten Knall zuschlägt. Momentan wird die Abschiebung der Familie Recepti vorbereitet. „Wir werden das nicht zulassen“, sagt Kurosch Allahyari. „Die Familie Recepti bleibt auf jeden Fall in Österreich.“

Patricia Urban studiert Kultur- und Sozialanthropologie und Publizistik an der Universität Wien.

FEUILLETON





Vertragscheck



Lass deine Arbeitsverträge checken und hol dir Infos zu Arbeitsrecht, Arbeitnehmer_innenschutz, Versicherung, Dienstverhältnissen und Konsument_innenschutz.



Tel.: +43 (0) 1/3108880 - 41



Mail: vertragscheck@oeh.ac.at



persönliche Beratung Mittwoch 17-19 Uhr

www.oeh.ac.at



Raus aus der Indie-Blase

Böser Hip Hop vs. idealisierter Indie-Rock: Solche Dichotomien bieten die Bühne für internalisierte Kackscheiße. Das Verlernen dieser Vorurteile ist mühsam und dauert – ein Erfahrungsbericht.

Mit 15 wusste ich das Übel aller Musikgenres genau zu benennen. Eigentlich waren es mehrere Übel. Unter dem Eindruck von trashigem Billigtechno aus den Handys halbstarker Typen an der Bushaltestelle und dem zu sehr nach Plastik klingenden Versuch David Guettas, House zu produzieren, kam es mir wie eine Beschimpfung vor, diese beiden Genres als Musik zu bezeichnen. Die Zeit und der Berliner Clubkosmos lehrten mich, dass sowohl Techno als auch House tatsächlich sehr magische Genres sind. Und Gitarrenrocktypen, die mir erzählen, dass komplett digital produzierte Musik keine „echte Musik“ sei, denken vermutlich auch, lesbischer Sex sei kein „richtiger Sex“. Just saying.

PROBLEMATISCHE GENRES? Vorurteile hegte ich allerdings auch gegenüber dem Hip Hop. Deutschsprachiger Hip Hop – mit oder ohne Migrationshintergrund – war explizit gewaltverherrlichend, materialistisch, rassistisch, antisemitisch, heterosexistisch und misogyn besetzt. Die Kollegen aus den USA hinterließen bei mir keinen besseren Eindruck, zumal sie in ihren Musikvideos mit Waffen, Geld, Autos und auf Objekte männlich-heterosexuellen Begehrens reduzierten Frauen um sich warfen. Hip Hop war nicht mein Genre. Hip Hop war das Genre des Pöbels. Klassismus-Alarm hoch zwanzig.

Wenn Hip Hop gut war, dann war er in der Regel von weißen Interpreten wie *Fettes Brot*, *Deichkind* oder den *Beastie Boys*. Ein Paradebeispiel erfolgreicher Kulturaneignung: Erst klauen sie People of Color ihr Genre, eigentlich für von Rassismus Unterdrückte als Empowerment erdacht, dann werden sie auch noch als diejenigen vermarktet, die es endlich richtig machen. Genannt werden muss an dieser Stelle auch *Casper*, der keinen sonderlich nennenswerten Flow zu bieten hat und es textlich nicht über Kalendersprüche und Zitat-Collagen hinaus schafft.

Die Annahme, dass ein Genre pauschal problematisch sei, macht all die ohnehin schon marginalisierten Subgenres wie Queer Rap oder Conscious Rap sowie Rapperinnen* unsichtbar. Die Annahme, dass People of Color grundsätzlich nicht in der Lage seien, politisch korrekte Musik zu machen, ist dazu noch rassistisch. Die Entstehungsgeschichte und

Subversion des Hip Hops werden durch solche Vorurteile gänzlich ausradiert.

R'n'B warf ich seinerzeit in den gleichen Topf und dachte, er sei Hip Hop mit einem Hauch Kitsch. Auf Partys waren wir Indiekids uns darüber einig, dass Hip-Hop und R'n'B schon allein aus politischen Gründen uncool seien. Dass ich mit 13 eine sehr intensive Hip Hop- und R'n'B-Phase hatte, verschwieg ich und machte dies zu einem weiteren Anlass für pubertären Selbsthass. Dass ich manchmal heimlich die *Pussycat Dolls* hörte, erzählte ich natürlich auch nicht.

IGNORANTE INDIEKIDS. Und das war nicht mal der Gipfel meiner Ignoranz als Indiekid. Das Nonplusultra stellte für mich das scheinbar perfekte Genre Indie-Rock dar. Die Videos waren artsy, ironisch und gaben einem_r beim Rezipieren die Illusion des Intellekts. Ich bildete mir ein, dass Indie-Rock ein Safe Space sei. Gar nicht so überraschend platzte auch diese Blase. Konstruierte Dichotomien, wie sie zwischen Indie-Rock und Hip Hop vorherrschen, blockierten jahrelang meinen eigenen Spaß. Nach und nach grub ich die Kackscheiße der Indiewelt aus oder wurde Zeugin des Grabens anderer Leute.

Misogyne Texte zum Beispiel gibt es in der Rockmusik eine Menge. Einen kleinen Einblick verschaffen Blogs wie *MisogynicLyricsThatArentRap.tumblr.com*. Mit dabei sind zum Beispiel *Alt-J*, *Pink Floyd*, *Interpol*, *The Kooks* und *The Offspring*. Viele sind Indie-Darlings, darunter auch weibliche. Kate Nash ist zwar als Feministin sehr populär, hat aber auf bisher allen ihrer drei Alben sexistische Songs vorzuweisen. Ihr Problem heißt *Girl Hate* und ist auch als internalisierte Misogynie bekannt. In „We Get On“ („Made of bricks“, 2007) betreibt sie Slut Shaming und feindet eine Frau an, weil die sich ihren Schwarm schnappt. Von ihrer sonst so angepriesenen Sisterhood bleibt nicht viel übrig.

Mittlerweile habe ich meine Musiksammlung um viele tolle Female Artists unterschiedlicher Genres erweitert. Dazu musste ich in erster Linie feststellen, dass meine alte Musik sehr typendominiert war. Dann bewies ich mir selbst, dass es unglaublich viele

Künstlerinnen gibt, die mir entgangen waren. Auch in diesem Punkt könnte ich noch viel weiter graben, soviel ist gewiss.

IMMER NUR TYPENMUSIK. Auf einer Indie-Party rief ich neulich zum Beispiel nach dem fünften Song über *The Killers* hinweg einer Freundin zu: „Ey, die spielen ja nur Typenmusik hier!“ Zwischendurch schallten zwar auch weibliche Gesänge durch den Raum – wäre auch ziemlich peinlich für die DJ-Dudes, wenn sie die Größen *The Knife* oder *M.I.A.* gelegnet hätten – aber nicht-weiße, nicht-männliche Künstler_innen machten insgesamt nur einen Bruchteil der Playlist aus. Je mehr ich mich mit Problematiken des Indie-Rocks beschäftigte, desto mehr frage ich mich, woher ich als Jugendliche Anhaltspunkte nahm, mich als nicht-weiße, dicke Frau in dieser Szene repräsentiert zu fühlen.

All das hätte ich gerne schon mit 15 gewusst. Das tat ich aber nicht, weil Musikzeitschriften nicht gerade die richtigen Vermittler sind. Wie wenig (sichtbaren) Raum für Frauen* es im Rock gab und gibt, ist großteils in Vergessenheit geraten. Schau ich mir die Popkulturzeitschrift *Spex* an, so sind in der Regel Typen auf dem Cover – und sind es doch mal Frauen (ohne Sternchen, sic!), dann nur normierte Schönheiten wie eine weiße Lana del Rey. Coole Blätter wie das *Missy Magazine* gab es damals noch nicht. Damals, damals.

Dem Irrglauben, dass weiße Typen die Pioniere für alles – Musik, Kunst, Literatur, alles eben – waren, folgte ich lange. Und mit der Erkenntnis, dass dies nicht so ist, bin ich, so traurig es ist, immer noch in der Unterzahl. Die Cover-Landschaft der Kulturzeitschriften hat sich nicht geändert. Musik bekommt erst dann den Stempel „gute Musik“, wenn sie viele Typen in der Fangemeinde hat – „Mädchenmusik“ ist nach wie vor ein sehr stark negativ konnotierter Begriff. Und mit dem Begriff Riot Grrrl können immer noch zu wenige etwas anfangen.

Hengameh Yaghoobifarah studiert Medienkulturwissenschaft an der Universität Freiburg.

VON LANGSCHNABELN UND ANDEREN VERLAGEN

Dass man im Buchgeschäft nicht reich wird, war ihnen allen klar. Dass eine Verlagsgründung mit viel Engagement und Selbstausbauung verbunden ist auch. Trotzdem haben sie es gemacht. *progress* war bei sechs jungen Verleger_innen zu Besuch.

Beim *zaglossus*-Verlag ist der Name Programm. Als eines der wenigen eierlegenden Säugetiere galt der auf Neuguinea lebende Langschnabeligel – lateinisch *Zaglossus* – lange als Paradoxon der Natur. So wie seine Entdeckung das biologische Klassifizierungssystem sprengte und gängige Betrachtungsweisen in Frage stellte, will der gleichnamige Verlag, der sich auf queere Themen spezialisiert hat, unterschiedliche Lebenswelten



sichtbar machen. „Das Verlagsprogramm ist sehr weit gefasst, auch über den Fokus auf Sexualität und Gender hinaus. Es geht uns um eine kritische Auseinandersetzung mit Normativitäten und darum Alternativen aufzuzeigen. Deshalb lautet unser Motto auch ‚Nichts für die Schublade‘“, erzählen die Verlagsgründerinnen Nicole Alecu de Flers und Katja Langmaier. „Im Prinzip sind es wir zwei, die organisieren, aber bei jedem Projekt kommen Leute hinzu, sei es für die Grafik oder fürs Lektorat. Es sind kleine Kollektive, die zusammen arbeiten, wobei alle das Recht haben mitzureden und Konsensentscheidungen getroffen werden. Das ist der Vorteil eines kleinen Verlags.“

EINE PLATTFORM FÜR QUEERE LITERATUR.

Gegründet wurde der Verlag aus einer Notwendigkeit heraus, weil es im deutschsprachigen Raum keine Plattform für queere Bücher gab. Während die queere Szene in Wien längst Fuß gefasst hatte, fand sie literarisch keine Entsprechung. „Da und dort ist zwar bei schwul-lesbischen Verlagen was aufgepoppt, aber niemand konzentrierte sich ausschließlich auf queere Literatur und fasste sie unter einem Dach zusammen“, so Katja Langmaier im Gespräch mit *progress*. 2009 wurden die ersten Schritte gesetzt, im Frühjahr 2010 erschien bei *zaglossus* das erste Buch, eine Übersetzung aus dem Englischen. Dann bemerkten Alecu de Flers und Langmaier schnell, dass es in Wien viele Ideen und bereits fertige, aber unveröffentlichte Bücher gab, die in ihr Verlagskonzept passten. 2011 starteten sie richtig durch.

Das Programm umfasst Belletristik und wissenschaftliche Bücher, so sind zum Beispiel neben Denice Bourbons Kolumnensammlung „Cheers! Stories of a Fabulous Queer Femme in Action“ der Roman „Atlanta Läufer_in“ von Lilly Axster und die literaturwissenschaftliche Annäherung an „Queer Writing“ von Anita Tomke Wieser erschienen. Außerdem veröffentlicht der Verlag in Zusammenarbeit mit dem Referat für Genderforschung der Uni Wien regelmäßig Titel in einer gemeinsamen Wissenschaftsreihe. Neuerdings arbeitet *zaglossus* außerdem mit hybriden Textformen an der Schnittstelle zwischen Literatur, wissenschaftlicher Auseinandersetzung und politischem Aktivismus: „Es gibt Möglichkeiten, all das auch in Textform zu kombinieren. Das ist in dem Sinne auch ein queerer Ansatz, dass die Genres durchbrochen werden“, erklärt Nicole Alecu de Flers.

Mittlerweile hat der Verlag 20 Titel im Programm, bis Ende des Jahres sollen noch sieben weitere dazukommen. Eigentlich erfüllt *zaglossus* damit alle Voraussetzungen, um für die Verlagsförderung, die seit letztem Herbst zu den Agenden des Bundeskanzleramts zählt, in Frage zu kommen. Um Subventionen zu erhalten, sollte seit mindestens drei Jahren publiziert sowie professionell und qualitativ hochwertig gearbeitet werden. Verlage mit Büchern österreichischer Autor_innen oder Übersetzer_innen, vor allem solche mit thematischem Bezug zu Österreich, haben Vorrang. Obwohl *zaglossus* diese Auflagen erfüllt, wurde dem Verlag keine Förderung zugesprochen. Begründet wurde die Absage nicht.

MUSIKLABEL UND BUCHVERLAG VEREINT.

Stefan Redelsteiner und Ilias Dahimène gründeten die *Redelsteiner Dahimène Edition*, kurz rde, erst 2013. Demnach ist die große Verlagsförderung bisher noch kein Thema. Im Moment finanziert sich der junge Verlag ausschließlich über laufende Umsätze. Gleichzeitig betreiben Redelsteiner und Dahimène die Labels *Problembär Records* und *Seayou Records*. Der Buchverlag war als Ausgleich zum Musikbusiness gedacht, man sah im Medium Text etwas, wo man sich austoben könnte. Zwar hatten die beiden Label-Betreiber keine Ahnung vom Verlagsgeschäft, aber „dadurch, dass wir schon lange einen Musikverlag und ein Label hatten, haben wir uns frech gedacht, dass es im Literaturbusiness nicht so anders sein kann. Es gibt zwar Unterschiede, aber im Prinzip sind die Abläufe sehr ähnlich“, so Stefan Redelsteiner. Wie viel Arbeitszeit in den Verlag fließt, lässt sich schwer beantworten, da Label, Buchverlag und Freizeit eng miteinander verknüpft sind und sich oft nicht voneinander trennen lassen.

Die *Redelsteiner Dahimène Edition* ist sowohl Sachbuch- als auch Literaturverlag. „Ganz profan gesagt“, so Redelsteiner, „ist die Schiene alles, was uns gefällt.“ Mit einer Biographie über Oscar Bronner startete der Verlag, weiter ging es mit der Essayammlung „Reise durch Europa“ und „Binge Living. Callcenter-Monologe“, den gesammelten Facebook-Posts von Stefanie Sargnagel, die nun schon in zweiter Auflage erscheinen. Ende April ist mit „Gui Gui oder Die Machbarkeit der Welt“ von Hubert Weinheimer, dem Sänger der Band *Das Trojanische Pferd*, der erste Roman im Verlagsprogramm veröffentlicht worden. Viele der Autor_innen, mit denen Redelsteiner und Dahimène zusammenarbeiten, kommen wie die beiden selbst aus der



Katja Langmaier und Nicole Alecu de Flers machen keine Bücher für die Schublade.



Jorghi Poll und Sarah Legler haben 2011 die *edition atelier* übernommen.



Musikszene. Diese Nähe zum Musikbusiness zeigt sich auch darin, dass es für die beiden Verleger von Anfang an selbstverständlich war, alle ihre Bücher auch als E-Books zu veröffentlichen. „Wir haben gute Erfahrungen mit digitalen Medien gemacht“, so Ilias Dahimène. „Mir ist es wichtig, dass den Text jede_r lesen kann, was eben heißt, ihn in digitaler und in physischer Form zu publizieren.“ Außerdem planen die zwei eine neue Schiene: Audiobooks. „Wir haben uns überlegt, unsere Autor_innen ihre eigenen Texte lesen zu lassen und diese dann mit passender Musik zu untermalen. Zu Weihnachten 2014 wird es die ersten Audiobooks geben“, erzählt Stefan Redelsteiner.

NEUÜBERNAHME STATT NEUGRÜNDUNG.

Die *edition atelier* wurde nicht neu gegründet, sondern im Jahr 2011 von Jorghi Poll übernommen. Dass der in den 1980er-Jahren von Jörg Mauthe gegrün-

dete Verlag, der dann viele Jahre zur *Wiener Zeitung* gehörte, schon gefördert und etabliert war, war einer der Hauptgründe, warum Poll damals sofort zusagte, als man ihn fragte, ob er an einer Übernahme interessiert sei. „Einen neuen Verlag zu gründen wäre kostenintensiver. Man muss Auslieferer und Vertreter finden, sowie eine neue Marke etablieren. Pro Jahr sollte man eine gewisse Anzahl an Büchern machen, um in Zukunft überhaupt für die Verlagsförderung in Frage zu kommen. Das muss man sich erst mal leisten können“, so Poll über seine Entscheidung.

Poll weiß, wovon er spricht: 2009 gründete er mit einem Kernteam von drei Leuten den Theaterverlag *gleichzeit*. Ende 2013 musste dieser schließen. Obwohl österreichische Theaterautor_innen nach wie vor eine Plattform brauchen, scheiterte der Theaterverlag an den eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten. Er fand keine geeignete Lektor_innen-Nachfolge. „Ich habe als Verleger Verantwortung gegenüber den Autoren und Autorinnen. Wir konnten ihnen für ihre Stücke keine intensive Betreuung mehr bieten und nicht das Marketing, das sie bräuchten“, berichtet Poll. Die Autor_innen wurden an andere Verlage weitervermittelt. Einige, wie beispielsweise Philipp Weiß, Claudia Tondl oder Izy Kusche, hat die *edition atelier* übernommen. Jährlich erscheinen jetzt 16 bis 20 Titel in der *edition atelier*. Seit der Neuübernahme hat sich das Programm des Verlags allerdings stark verändert. Es ist vor allem belletristisch ausgerichtet und auf zeitgenössische Literatur von jungen, österreichischen Autor_innen spezialisiert.

ERFÜLLUNG ODER SELBSTAUSBEUTUNG? Die Verleger_innen sind sich einig, dass der Bedarf an neuen Verlagen trotz schwieriger Rahmenbedingungen da ist. „Ich habe selber wissenschaftlich publiziert und mich mit den entsprechenden Anforderungen auseinandergesetzt. Dabei habe ich angefangen, das durchaus kritisch zu betrachten. Ganz oft gibt es bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen kein Lektorat mehr. Da wollte ich gerne eine Alternative schaffen“, so Alecu de Flers. Der *zaglossus*-Verlag gönnt sich den Luxus eines zeitintensiven Lektorats. Auch Jorghi Poll betont, wie wichtig junge Verleger_innen seien: „Damit sich neue Dynamiken ergeben und eine junge Generation, die sich mit Literatur auseinandersetzt, untereinander vernetzen kann.“

Leicht ist das allerdings nicht. „Wir haben uns bei *gleichzeit* drei, vier Jahre lang selbst ausgebeutet.



Sefan Redelsteiner und Ilias Dahimène machen Bücher als Ausgleich zum Musikbusiness.

Das ging auch nur mit einem Nebenjob, bei dem man relativ gut verdient“, erklärt Poll. Den Nebenjob hat er noch immer, denn obwohl die *edition atelier* staatlich subventioniert ist und durch den Verkauf von Büchern aus der Backlist laufende Einnahmen hat, kann sich der Verlag nur eineinhalb Vollzeitstellen leisten, die sich Poll mit der zweiten Verlagsleiterin Sarah Legler teilt. Auch Nicole Alecu de Flers und Katja Langmaier, die beide aus einem akademischen Umfeld kommen, haben nebenher noch einen Brotjob. „Die Hoffnung wäre, dass sich der Verlag weiterhin so gut entwickelt, dass wir davon leben können. Das war zwar nicht die vordergründige Motivation – niemand gründet einen Verlag um schnell reich zu werden –, trotzdem ist es wichtig, dass es nicht auf Dauer selbstausbeuterisch ist. Auch aus einem politisch aktivistischen Kontext heraus“, so Alecu de Flers. „Im ersten Jahr haben wir ins Verlagsgeschäft reingeschnuppert, um zu sehen, ob wir uns das überhaupt vorstellen können. Dann hat es total viel Spaß gemacht. Kein Mensch macht einen kleinen Verlag aus einem anderen Grund, als dass es in vielerlei Hinsicht sehr erfüllend ist“, erzählt Katja Langmaier.

Sara Schausberger hat in Wien Germanistik studiert und schreibt als freie Kulturjournalistin unter anderem für den *Falter*.

Bis zum Atlantik und noch viel weiter

Der Musiker Matthias Frey alias Sweet Sweet Moon wurde mit einem Youtube-Hit weltweit bekannt. Am Boden geblieben ist er dennoch – an einem Vormittag hat er uns zum Boccienspiel eingeladen und erzählte dabei Geschichten aus seinem abenteuerlichen Leben als Musiker.

Ein junger Mann mit blondem Pilzkopf kommt uns auf einem Retro-Rad entgegengefahren. Er trägt ein weißes *Champion*-T-Shirt, wie man es noch aus den 90ern kennt, eine ausgebeulte Jeans, Wanderschuhe und einen dichten Bart. In seiner rechten Hand trägt er einen kleinen Holzkoffer: „Ich hab’ die Bocciakugeln von meiner Mitbewohnerin mitgebracht, dachte wir könnten eine Runde spielen“, sagt er und grinst. Matthias Frey, Jahrgang 1988, ist viel unterwegs, aber heute hat er sich Zeit genommen, um uns Geschichten von seinen Reisen zu erzählen. Davon gibt es einige. Vor ein paar Monaten war *Sweet Sweet Moon* mit seinem Kollegen, dem Chellisten Lukas, auf Tour in Italien. Dafür haben sich die zwei jungen Männer einen alten VW-Bus ausgeliehen, der alle paar Kilometer eine Panne hatte: „Wir wurden dauernd von der Polizei angehalten, weil wir nicht schneller als 50 fahren konnten“, erzählt Frey amüsiert. Ein anderes Mal mussten sie mitten in Sizilien an einem Hang den Bus stehen lassen, weil er die Steigung nicht mehr schaffte. Die beiden haben dann einfach ihre Instrumente gepackt und sind die restliche Strecke zum Veranstaltungsort zu Fuß gegangen. Frey packt Lebkuchen aus und bietet sie uns an – ein Mitbringsel aus Basel, wo er erst kürzlich war. „Mir gefällt das langsame Reisen, es ist zwar anstrengend, aber man sieht und erlebt einfach viel mehr.“ Eilig hat es



der niederösterreichische Sänger und Geiger offenbar nicht. Bekanntlich hat man ja auch die besten Einfälle, wenn man einfach entspannt. Womöglich hat *Sweet Sweet Moon* deswegen so viele ausgefallene Ideen. Die braucht man heute definitiv, um die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu lenken. *Sweet Sweet Moon* ist das gelungen.

FUCK THE ATLANTIC OCEAN.

2011 landete er einen *Youtube*-Hit mit über 650.000 Klicks. In dem Video sieht man ihn und Lukas mit Violine und Chello auf der Rahlstiege im 6. Wiener Gemeindebezirk ein Konzert spielen. Gefilmt wurde das ganze vom Wiener Filmteam *They shoot Music*. Dass das Video plötzlich viral ging, war für sie überraschend. Noch viel

erstaunlicher war, dass die meisten Klicks, laut *Youtube*-Statistik, unerklärlicherweise von Mittzwanzigern aus Chile und Argentinien kamen. Gemeinsam beschlossen sie, der Sache auf den Grund zu gehen und den Atlantik zu überqueren, um herauszufinden, warum es dort zum großen Erfolg kam. *They shoot Music* hatten außerdem die Idee, einen Dokumentarfilm über die Reise zu machen, also sammelten sie über eine *Kickstarter*-Aktion Geld und beantragten Kulturförderungen, um das Projekt zu finanzieren. 2013 flogen die Musiker nach Lateinamerika und kamen mit dem Film „Fuck the Atlantic Ocean“, in dem die ausgefallenen Konzerte auf der Reise dokumentiert wurden, zurück. Die Doku feierte Anfang März auf der *Poolinale*, dem Festival für Musikfilm, Premiere und ist nach wie vor auf einigen österreichischen Filmfesten und in Kinos zu sehen. Auf die Frage, ob sie letztendlich herausfinden konnten, wieso das Video gerade in Südamerika so beliebt war, zuckt Frey nur mit den Schultern: „Die Leute sind ja letztendlich doch überall gleich.“ Also bloßer Zufall? Frey nickt.

GERÄUSCHKULISSEN. Matthias Frey gibt nicht unbedingt die Antworten, die man sich von einem Künstler erwartet. Anzugeben, das scheint ihn nicht sonderlich zu interessieren. Anstatt über vermeintlich große Dinge zu reden, erzählt er lieber von den



Fotos: Christopher Glunz

Kleinigkeiten des Alltags, zum Beispiel von seiner Arbeit in der Oper, wo er als Orchesterwart tätig ist. Frey setzt sich manchmal in die Orchesterproben und hört den MusikerInnen dabei zu, wie sie die Stücke des Impressionisten Claude Debussy spielen. Manchmal nimmt er das chaotische Einspielen der MusikerInnen oder die Geräusche der BalletttänzerInnen, wenn ihre Füße graziös auf dem Boden landen, auch auf. Die Aufnahmen arrangiert Frey dann im Studio und macht daraus spannende Geräuschkulissen. Die Liebe und Faszination für die klassische Musik scheint immer schon Teil seines Lebens gewesen zu sein: Bei der Arbeit in der Oper, in seiner Kindheit in der Musikschule, im Studium der Musikwissenschaft, aber auch während der Zeit beim Bundesheer, wo er seinen Chellisten „am Schießstand“ kennengelernt hat, wie Frey mit verzogener Mine erzählt. „Begegnet sind wir uns bei der Heereskapelle. Da haben wir gemeinsam Strauß-Walzer für Heinz Fischer am Nationalfeiertag und Märsche für die Offiziere gespielt.“ Militärisch klingt der Sound, den *Sweet Sweet Moon* macht, zwar nicht, aber der klassische Einschlag ist dafür sofort erkennbar: Er macht Musik, die man sich zusammen mit seinen Eltern auf der Couch anhören kann, ohne ihnen erklären zu müssen, wieso dieser Krach gut sein soll. In einer Zeit, die von epileptisch-hysterischen Klang-

welten à la *Skrillex* geprägt ist, ist das die Ausnahme.

Es ist vor allem die manchmal fast schreiende, emotionsgeladene Stimme von Frey, die einen Kontrast zu den sonst glatten, schön arrangierten Streichakkorden bietet. Sein Gesang zeigt sich oft in Form von unbestimmten Lauten, die ganz natürlich aus Freys Mund herauszupurzeln scheinen. Alle Texte von *Sweet Sweet Moon* werden improvisiert und variieren von Konzert zu Konzert: „Bei dem einen *Youtube*-Video fragten mich die Leute oft nach den Lyrics, aber es gibt keine, zumindest keine sinnvollen, vielleicht sollt' ich ihnen das mal sagen“, lacht Frey. Der Gesang und die spontanen Texte sind vielleicht auch der einzige Hinweis darauf, dass er nicht nur Klassik hört, sondern eigentlich aus einem noisyen, punkigen Umfeld kommt, was sich auch mit Blick auf sein Label *Siluh Records* erahnen lässt. „Ich hab' schon in der Schulzeit in einer Fun-Punk-Band gespielt. Wir waren einmal in Malaysia und Singapur auf Tour unterwegs. In Singapur wollte mich die Polizei mitnehmen. Die sind extra gekommen, um alle Leute, die zu jung für das Konzert waren, abzuführen. Irgendwie hab' ich mich dann aber doch reingeschlichen“, erzählt er grinsend.

BOCCIA UND ELECTROBEATS. Inzwischen sind wir aufgestanden,

um Boccia zu spielen. Matthias sucht eine Stelle aus, wo sich der Kies „besonders gut“ zum Spielen eignet. Er kramt einen uralten tragbaren Kassettenrecorder mit eingebauten Lautsprechern aus seiner Tasche, stellt ihn auf den Boden und drückt auf Play. Experimentelle Elektrobeats dringen dumpf aus den Boxen. Er schmeißt die rote Kugel, auch „Schweinchen“ genannt, nach vorne und erklärt die Spielregeln. Konzentriert wirft er eine Metallkugel nach der anderen, vom Fotografen lässt er sich dabei nicht im Geringsten stören.

Man kann sich überhaupt schwer vorstellen, dass den – aus einem kleinen Ort in der Nähe von Hollabrunn stammenden – Singer-Songwriter etwas aus der Ruhe bringen kann. Aber der Schein trügt: Frey ist zwar ein ruhiger Typ, aber er liebt die Ekstase. Zumindest in der Musik und bei Konzerten. Ihn stört es etwa, wenn das Publikum bei Auftritten zu verklemmt ist. Das sei vor allem hier in Österreich oft so, sagt er. Deswegen hat er zur Zeit ein Faible für arabische Musik und schaut sich Videos von Konzerten, etwa von der kultigen ägyptischen Sängerin Umm Kulthum auf *Youtube*, an: „Die spielte vor tausenden Leuten mit einem riesigen Orchester, die Leute applaudierten und schrien. Die grölten dann auf einmal alle los, weil sie die Bedeutung der Töne einfach

verstanden haben. Das ist eigentlich richtig punkig, so wie früher im Jazz eben.“ Die Begeisterung in Matthias Freys Stimme ist deutlich hörbar. Das Publikum aus sich herauszulocken, das sei die Aufgabe der MusikerInnen, meint er. Überhaupt scheint ihm die klare Rollenaufteilung bei Auftritten wichtig zu sein: „Ich spiele eigentlich gar nicht so gerne auf der Straße, das ist oft so aufdringlich, die Leute wissen nicht, wie sie darauf reagieren sollen. Ich spiele lieber in großen Theatern oder Kirchen. Da sind die Rollen klarer.“

Matthias Frey hat mit 5:1 das kurze Bocciaspiel klar gewonnen. Es ist der erste Moment heute, in dem er ein bisschen stolz wirkt: „Ich hab das zwar erst einmal gespielt, aber ich kann das richtig gut“, stellt er zufrieden fest. Wir verabschieden uns und er macht sich auf den Weg in die Oper. In den nächsten Tagen wird er nicht erreichbar sein, fügt er noch schnell hinzu, bevor er sich auf sein Rad schwingt und davonfährt. Er sei irgendwo in den Bergen. Wahrscheinlich kommt er mit einer Menge ausgefallener Ideen und Lebkuchenherzen wieder zurück.

Simone Grössing studiert Politikwissenschaften in Wien.

EINE ÖH FÜR ALLE STUDIIERENDEN

Hochschüler_innenschaftsgesetz NEU



21

Direkt von den Studierenden gewählte Fachhochschulvertretungen an 21 Fachhochschulen.

17

Direkt von den Studierenden gewählte Pädagogische Hochschulvertretungen an 17 Pädagogischen Hochschulen.

Was bringt das neue HSG?

55

statt wie bisher 100 Mandatar_innen in der ÖH Bundesvertretung.

7.316

Studierende von Privatuniversitäten werden ÖH Mitglieder.

oeh.ac.at/direktwahl

20.599

Studierende aus Drittstaaten erhalten das passive Wahlrecht.



DER JULI GEHT AUFS HAUS



Kurto Wendt: *Der Juli geht aufs Haus*. Verlag Zaglossus, 2014. 280 Seiten. 14,95 Euro.

In seinem neuen Job bei einer großen Immobilienagentur erhält Frank Smutny den Auftrag, widerständige MieterInnen, deren Wohnungen in Luxusdomizile umgebaut werden sollen, durch unlautere Methoden zum Auszug zu bewegen. Schon bei seiner ersten Aufgabe merkt Frank, dass Recht oft nur

wenig mit Gerechtigkeit zu tun hat. Inspiriert von Mietboykottbewegungen in Spanien und Deutschland beschließt er gemeinsam mit FreundInnen, eine Mietrechtsbewegung in Wien zu initiieren. Zum Star wird dabei eine 82-jährige lesbische Großmutter, die ihr von Räumung bedrohtes Haus verteidigt.

Nach den Romanen „Sie sprechen mit Jean Amery, was kann ich für Sie tun?“ und „Ich rannte aus Zitronen“ führt Kurto Wendt mit „Der Juli geht aufs Haus“ die Geschichte rund um den etwas verschrobenen Frank Smutny und seine MitstreiterInnen fort. Zum besseren Verständnis sollte man Wendts vorangegangene Bücher gelesen haben. „Der Juli geht aufs Haus“ fügt sich nahtlos in den bereits bekannten, hoffnungsvollen und widerständigen Erzählstil ein. „The future is still unwritten!“ prangt auf der ersten Seite in etwas krakeliger Handschrift. Dieser Leitspruch avanciert während der Lektüre zur Aufforderung an die Lesenden, nicht blind in Politik und SozialpartnerInnen zu vertrauen, sondern sich gegen die alltäglichen Ungerechtigkeiten gemeinsam zur Wehr zu setzen.

„Der Juli geht aufs Haus“ erzählt die Geschichte einer Bewegung, die jederzeit Realität werden könnte.

Während Anfang April in zehntausende Haushalte die Benachrichtigung über eine Mietzinserhöhung flatterte, müssen in größeren Städten armutsgefährdete Haushalte, darunter viele StudentInnen, durchschnittlich 43 Prozent des Einkommens für Wohnkosten berappen.

Bekannt wurde der Autor Kurto Wendt vor allem als Mitorganisator und Sprachrohr der Donnerstagsdemos, die nach der Angelobung der ÖVP/FPÖ-Bundesregierung 2000 zwei Jahre ohne Unterbrechung in Wien stattfanden. Sein politisches Engagement mündete in einen erfrischenden, ungewohnt gesellschaftskritischen Erzählstil, in dem neben dem Alltäglichen auch die Utopie ihren Platz findet. Seine Erzählungen streifen quer durch Wien und die Welt. Viele LeserInnen finden sich an ihnen bekannten Orten wieder: etwa im kollektiv verwalteten Beisl *Gagar:in* oder der „Riots not Diets“-Kuchenbar *Fett + Zucker*. Für alle Ortsunkundigen bietet Wendt bildhafte Beschreibungen, die Lust auf ein Kennenlernen machen.

Klemens Herzog studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur Wien.

Zweimal hingehört

WYE OAK - SHRIEK



KATJA: Haben *Wye Oak* vielleicht Chillwave für sich entdeckt? Nach ihrer klassischen Indierock-Phase (mit Betonung auf Rock) scheinen sie nun entspanntere, freiere Musik machen zu wollen. Diese ist nicht laut, doch die Stimme werkt im Hintergrund verschwörerisch herum. Es kann auch ein wenig Psychedelicgefühl aufkommen, aber im besten Sinne, wie bei „Spiritualized“. Die Produktionsweise – beide MusikerInnen leben weit voneinander entfernt und schicken sich Songketten und Entwürfe zu – erinnert an *The Postal Service*. Durch die weiten Synthie- und die flächendeckenden Keyboardsounds sind sich beide Bands auch musikalisch sehr nahe. In Österreich kann man *Wye Oak* übrigens

im *Chelsea* (28. Mai.) und kurz darauf beim *Seewiesenfest* (7. Juni) live erleben.

KATI: Vielleicht ist das anmaßend von mir, aber Beeindruckendes hat dieser Frühling musik- wie wettermäßig noch nicht zustande gebracht. Das Beste, was wir bislang kriegen konnten, sind diese Tage, an denen sich die Sonne immer wieder auf dem regennassen Asphalt spiegelt und eine weichgezeichnete Stimmung wie in amerikanischen Indie-Musikvideos in der Luft liegt. So in etwa klingt auch das neue Album des Duos *Wye Oak* aus Maryland. Gefälliger Indierock mit Folk- und Dream-Pop-Einflüssen, der ebenso gemütlich wie inkonsistent dahinplätschert. Das ist mitunter zwar angenehm, nimmt dem Album aber leider jeglichen Spannungsbogen. Hintergrundmusik für sonnige und regnerische Frühlingstage: ja, aber nicht mehr. Anspieltipps: Titelsong „Shriek“ und die Abschlussnummer „Logic of Color“, die als einzige ein wenig aufhorchen lassen.

PLANNINGTOROCK - ALL LOVE IS LEGAL



KATJA: Der Titel „All love's legal“ gibt die politische Spannweite des Albums schon vor. Es geht um alle möglichen Sex/Gender-Themen, die an der Tracklist abgelesen werden können: „Beyond binary binds“, „Miso-gyny drop dead“, „Let's talk about gender baby“ u.s.w. Janine Rostron hat ihren Vornamen vor diesem Album in Jam geändert und hat nun einen vermeintlich genderneutralen Namen. Ihre/Seine Stimme wirkt seit jeher alles andere als weiblich, im Gegensatz zu ihrem/seinem Äußeren. Daher auch die Theatermasken, die ihr/sein Gesicht verzerren und fast unheimlich wirken lassen. Der Sound ist reduziert, elektronisch, getragen von ihrer/seiner Stimme. Dass Jam Rastron eindeu-

tig (Performance-)Kunst macht und in zweiter Linie erst Musik, merkt man jedoch. Das muss einem den Spaß am Album aber nicht unbedingt nehmen.

KATI: Dieses Mal kann mir irgendwie auch gar nix recht gemacht werden. Da kommt nun endlich mal ein queeres Album daher, das in kompromissloser Haltung Homophobie und Patriarchat fest eins in die Fresse haut – und ich tanze nicht zufrieden im Wohnzimmer herum? Wie kann das sein? Zugegeben: *Planningtorock* war noch nie leichte Kost. Die Dekonstruktion und Abstraktion der eigenen Person, der Musik und der Performance sind auf jeden Fall spannend und auf der Bühne ein Erlebnis – nur leider funktioniert das in Albenform nicht unbedingt. Die verzerrten Stimmcollagen in Kombination mit dem bewussten Brechen von Harmonien sind trotz eingängiger Texte mitunter zu herausfordernd. Das von *Planningtorock* aufgestellte Ziel, den Erwartungen zu widersprechen, wird aber erfüllt. Und ich gebe zu, das ist alles nur Jammern auf ganz schön hohem Niveau. Daher trotzdem empfohlen, denn: „Patriarchal life, step aside!“

Katja Krüger und Kati Hellwagner studieren Gender Studies und Politikwissenschaften an der Uni Wien.

TÖTEN DER WERTLOSEN

**Die liberale Forderung nach einer Legalisierung der Sterbehilfe führt unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen geradewegs in die Barbarei.
Ein Kommentar von Thomas Schmidinger.**

In gebildeten, vordergründig fortschrittlichen und säkularen Kreisen gehört es mittlerweile zum guten Ton, für die Legalisierung von Sterbehilfe einzutreten. Wer sich gegen die legale Tötung von Menschen ausspricht, gilt für viele bereits als katholischer Reaktionär. Dies zeigt nur einmal mehr, wie stark „Lifestyleliberalismen“ unter vermeintlich Linken und Grünen Einzug gehalten haben. Dabei werden in der Diskussion über Sterbehilfe völlig unterschiedliche Fragen vermischt und der gesellschaftliche Kontext dieser Debatte weitgehend ausgeblendet. Zunächst einmal: Sterbehilfe beziehungsweise Euthanasie ist keine Sterbebegleitung. Bei der aktiven Sterbehilfe geht es auch nicht um die Frage, wie weit eine intensivmedizinische Behandlung gehen soll.

Angesichts des enormen technologischen Fortschritts in der Medizin, der die technische Möglichkeit geschaffen hat, den Sterbeprozess hinauszuzögern, ist es selbstverständlich legitim und wichtig, sich die Frage zu stellen, wie weit eine medizinische Behandlung am Ende des Lebens gehen soll. Sterben war in weniger technisierten und arbeitsteiligen Gesellschaften meist ein kurzer Prozess, der durchaus alltäglicher Teil des Lebens war. Heute wird das Ende des Lebens, genauso wie dessen Anfang, meist in Spitäler ausgelagert. Viele EuropäerInnen haben bis zu ihrem eigenen Tod noch nie jemanden sterben gesehen. Viele von uns wollen sich der eigenen Endlichkeit nicht stellen. Und trotzdem muss man nicht religiös sein, um sich irgendwann damit auseinanderzusetzen, dass auch wir AtheistInnen einmal das Zeitliche segnen werden.

LEGALES TÖTEN. Mit einer so genannten Patientenverfügung kann schon heute auf völlig legale Weise bestimmt werden, welche lebenserhaltenden Maßnahmen für einen selbst getroffen werden sollen. Niemand muss im Ernstfall den eigenen Tod über Jahre hinweg an einer Herz-Lungen-Maschine hinauszögern lassen. Solche Maschinen gegebenenfalls abzuschalten, ist bereits heute legal. Darum geht es in der Debatte um Sterbehilfe also explizit nicht! Es geht auch nicht um Suizid. Dieser ist zwar nach

österreichischem Recht illegal, allerdings kann nach einem erfolgreichen Suizid naturgemäß niemand belangt werden. Auch darum geht es also nicht.

Bei der Debatte um die so genannte Sterbehilfe geht es um die Frage, ob Menschen auf ihren eigenen Wunsch hin von Dritten getötet werden dürfen. In einer Reihe von europäischen Staaten ist dies für sterbensranke Personen legal, in einigen sogar für andere Fälle. Am weitesten geht diesbezüglich bisher die belgische Gesetzgebung. BelgierInnen müssen keine tödliche physische Krankheiten haben, um sich töten lassen zu können. Es reichen schon psychische Probleme. Für Aufsehen sorgte im Oktober 2013 der Fall eines 44-jährigen Transgender-Mannes, der nach einer missglückten Operation zur Geschlechtsumwandlung nicht mehr leben wollte.

Der Penis, den er 2012 operativ erhalten hatte, war von seinem Körper abgestoßen worden und er betrachtete sich ab diesem Zeitpunkt als verstümmelt. Anstatt diesen Mann entsprechend psychotherapeutisch zu unterstützen und ihm langfristig zu helfen sein Leben zu leben, stellte ihm der belgische Staat eine Giftspritze zur Verfügung. Der anerkannte Arzt und Universitätsprofessor Wim Distelmans tötete ihn völlig legal und ohne die geringsten Konsequenzen fürchten zu müssen. Der gesellschaftliche Aufschrei in Belgien hielt sich in Grenzen.

Letztlich zeigt sich am Beispiel Belgien, wie schnell sich eine Gesellschaft an die Banalität des Tötens gewöhnen kann. Mit jedem Schritt zur Normalisierung des Tötens von Menschen wird es leichter, den nächsten zu setzen. Ärzte wie Distelmans verdienen daran ein Vermögen. Distelmans war es auch, der maßgeblich die Diskussion um die Legalisierung von Euthanasie für Kinder und Jugendliche vorantrieb. Im Februar 2014 wurde dieser Vorschlag der „Todeslobby“ schließlich durch das belgische Parlament beschlossen. Nun sollen in belgischen Spitälern auch Kinder getötet werden dürfen.

Anstatt psychisch Kranken zu helfen und entsprechend intensive Langzeittherapien zur Verfügung zu

stellen, ist es billiger sie zu töten und sie damit aus der Welt zu schaffen. Wenn eine Gesellschaft kein Leid mehr aushält, bevorzugt sie es, die Leidtragenden einfach zu töten.

DER VERWERTBARE MENSCH. Es gehört wenig Fantasie dazu, diese Entwicklung weiterzudenken. In einem kapitalistischen System, in dem nicht nur sämtliche Güter als Waren einen bestimmten Wert besitzen, werden auch Menschen nach ihrer Nützlichkeit bewertet. Vermeintlich produktive Menschen sind im Kapitalismus etwas wert, Alte, Kranke und Menschen mit Behinderungen sind nur „nützlich“, solange sie als KonsumentInnen zum Wirtschaftswachstum beitragen. Alle anderen sind nur Kostenfaktoren, die stören. Ihnen wird eingeredet, dass sie niemandem „zur Last fallen“ sollen. Gerade bei psychisch Kranken oder Alten ist die Illusion des freien Willens, der schließlich immer von unserer Gesellschaft geprägt ist, bloße Ideologie. Das Über-Ich ist internalisierte Gesellschaft und so ist unser aller Über-Ich eben auch von der Wert- und Warenlogik des Kapitalismus geprägt. Wie soll eine Gesellschaft, in der es kein selbstbestimmtes Leben gibt, selbstbestimmtes Sterben ermöglichen?

Nicht nur im Nationalsozialismus wurden Menschen mit Behinderungen getötet. Auch in einigen demokratischen Staaten wie Schweden gab es Eugenik-Programme, die vermeintlich „lebensunwertes Leben“ sterilisierten und „Rassenbiologie“ betrieben. Ein vom Lifestyleliberalismus und kapitalistischer Vereinzelung geprägter Kontinent scheint sich mit erschreckender Geschwindigkeit wieder solch einer Barbarei anzunähern.

Thomas Schmidinger ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und ist Lehrbeauftragter im MA-Lehrgang für Interkulturelle Soziale Arbeit an der FH Vorarlberg.

Keine Termine mehr vergessen

SMS Erinnerungsservice der ÖH

ÖH BEITRAG

STUDIENBEIHILFE

STUDIENGEBÜHREN

INSKRIPTIONSFRIST

NACHFRIST

STUDIENBEIHILFE

LEISTUNGSSTIPENDIEN

ÖH BEITRAG

LEISTUNGSSTIPENDIEN

STUDIENGEBÜHREN

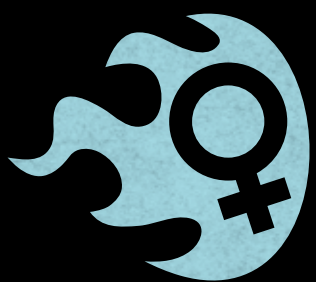


oeh.ac.at/erinnerungsservice



Feminismus ist kein Luxus!

Das **FemCamp Wien** ist ein queer-feministisches Barcamp. Wir möchten einen inklusiven und möglichst sicheren Raum schaffen, um gemeinsam zu diskutieren, sich zu vernetzen, Freund*innenschaften zu knüpfen, Horizonte zu erweitern, neue Ideen und Projekte sprießen zu lassen und Spaß zu haben. Dieser Raum soll so barrierearm wie möglich sein – deswegen wollen wir schon bei der Organisation, aber auch beim Ablauf, möglichst viele verschiedene – insbesondere im Alltag von Diskriminierungen betroffene und/oder noch nicht online vernetzte – Menschen einbinden, um Teilnehmer*innen mit unterschiedlichsten Zugängen und Bedürfnissen am **FemCamp Wien** empfangen zu können. Wir hoffen, dies durch einen niederschweligen Zugang zu unserem basisdemokratischen, nichthierarchischen Organisations-Team zu erreichen. Dabei sind wir sowohl uns selbst als auch bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen gegenüber kritisch. Das **FemCamp Wien** will offen sein für alle, egal welchen Hintergrundes – deswegen positionieren wir uns entschieden gegen jede Form von Diskriminierung und erwarten dies auch von unseren Besucher*innen, denn jede*r soll sich bei uns sicher fühlen können. Unterdrückungsformen in unserer Gesellschaft werden nicht von alleine verschwinden. Wir müssen selbst aktiv werden, um etwas zum Positiven zu verändern. Dafür wollen wir Strategien und Tools miteinander teilen und gemeinsam (weiter-)entwickeln. Wir sind netzaffin, (partei-)unabhängig und wollen mit unserem Projekt ein positives Vorbild für kommende Barcamps liefern – denn Feminismus ist kein Luxus, sondern notwendig. Wir sind nicht perfekt, aber fest entschlossen, unsere Ideale zu verwirklichen und gemeinsam an den Erfolg des letzten **FemCamps** anzuschließen und dieses weiterzuentwickeln. Selbstbestimmt und mit einem Bekenntnis zum Do-It-Yourself wollen wir unseren kleinen Beitrag zu einer freieren, emanzipierteren Gesellschaft leisten – und nebenbei noch ein großartiges BarCamp auf die Beine/Pseudopodien/Tentakel/Pfoten stellen.



WIEN
femcamp
20. und 21. Juni 2014

Infos unter:

#FemCampWien

@FemCampWien

www.facebook.com/femcampwien

www.fem.camp